Bezugspreis vierteljährlich: in Münster zweimal täglich frei ins Haus gebracht 1 Mk. 50 Pfg., — auswärts von der Post abgeholt 1 Mk. 50 Pfg., durch den Briefträger gebracht überall, wonur einmal im Tage Briefbestellung stattfindet, 1 Mk. 82 Pfg., in Orten mit zwei- und mehrmaliger Bestellung 2 Mk. 22 Pfg.

Drahtadresse: Volkszeitung Münsterwestf.
Fernspr.: Redaktion (Klosterstr. 31/32) Nr. 264 u. 23.
Fernspr.: Geschäftsstelle (Michaelisplatz 9) Nr. 78.

Münsterischer Anzeiger

Zwei Ausgaben täglich. und Münsterische Volkszeitung. 36 634 Abonnenten.

Anzeigen: Der Raum für die Anzeigenspalte, 39 mm breit, 2,4 mm hoch, 25 Pf.; bei Anzeigen aus dem R.-Bz. Münster 20 Pfg., aus der Stadt Münster 15 Pfg. (für Aktiengesellschaften ꝛc., Vereine und Behörden 25 Pfg.). Reklamen: Der Raum für die Reklamenspalte, 87 mm breit, 2,4 mm hoch, 1 Mk. — Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr, sowie für Druckfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen vier Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. — Gebühr für Beilagen nach Gewicht.

Erste Ausgabe. 1. Blatt. Samstag, 8. Februar 1913. 62. Jahrgang. Nr. 98.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 7. Febr. (Drahtb.)

Präsident Graf v. **Schwerin-Löwitz** eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Min.

Die zweite Beratung des Etats des

Ministeriums des Innern

wird beim Kapitel Strafanstaltsverwaltung fortgesetzt.

Abg. Dr. **Schmitt-Düsseldorf** (Zentr.): Wir wünschen, daß in der Statistik über die Gefängnisse auch Angaben über die konfessionelle Seite gemacht werden. In den Gefängnissen muß auf ausreichende Seelsorge Bedacht genommen werden. Im vorigen Jahre ist das erste Jugendgefängnis errichtet worden. Es wird sich empfehlen, auf diesem Wege weiter fortzuschreiten. Im Jugendgefängnis werden die Gefangenen zunächst in die dritte Klasse aufgenommen und dann in die zweite, wo ihnen Erleichterungen gewährt werden. In der ersten Klasse sind die Vergünstigungen noch größer, die Zelle ist besser ausgestattet usw. Wir haben es hier mit einer neuen, ganz besonderen Art des Strafvollzuges zu tun. Das Bestreben ist, die jugendlichen Strafgefangenen wieder an die Freiheit zu gewöhnen. An der Erziehung arbeitet die Direktion, die Schule und der Anstaltsgeistliche. Dieser sollte nicht die letzte Stelle einnehmen. Der Geistliche ist nur nebenamtlich angestellt, obgleich es sich dabei doch um eine Lebenstätigkeit handelt. Es muß auf die jugendlichen Gefangenen individuell eingewirkt werden, was nur durch Zellenbesuch möglich ist. Der Geistliche muß mit den Jugendlichen auch in Verbindung bleiben, wenn der junge Gefangene die Anstalt verlassen hat. Er muß ihn stützen und aufrecht erhalten. Schon deswegen ist seine Anstellung im Hauptamte notwendig.

Abg. **Hintzmann** (natl.): Es ist ein Übelstand, daß die Dienstzeit der Lehrer an den Gefangenenanstalten bei der Pensionierung nicht angerechnet wird. Das ist eine Zurücksetzung gegenüber den Lehrern anderer Anstalten. Das Pensionsgesetz müßte auch auf die Lehrer der Strafanstalten ausgedehnt werden.

Abg. **Liebknecht** (Soz.): In einer Schrift von Berlin von Gefängnisdirektor Finkelnburg wird gesagt, daß bei uns jede 12. Person bestraft ist, und zwar jedes 43. Mädchen, jede 25. Frau und jeder 6. Mann. Das beweist nicht etwa, daß unser Volk moralisch auf einer tiefen Stufe steht, sondern legt nur Zeugnis ab, daß unsere Gerichte von einer wahren Strafsucht befallen sind. Die Hälfte der verhängten Strafen könnte einfach eliminiert werden. Die Disziplinarstrafen wurden auf Anweisung des Geheimrats Krone erfreulicherweise milder gehandhabt. Es wäre wünschenswert, daß eine milde Handhabung bald in allen Gefängnissen Platz greift.

Abg. **Rosenow** (Fortschr. Vp.): Man muß der Fürsorge für die entlassenen Sträflinge mehr Aufmerksamkeit zuwenden. Die Vereine, die sich mit dieser Aufgabe beschäftigen, müssen besser unterstützt werden. Dabei macht die Polizei oft unnütze Schwierigkeiten. Die Polizei sollte da ganz ausgeschaltet werden, wenn sich die Vereine der Entlassenen annehmen, damit es diesen ermöglicht wird, wieder glückliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft zu werden. Bei der Einführung der durch die Strafvollstreckung entstandenen Kosten wird oft zu rigoros vorgegangen.

Abg. **Liebknecht** (Soz.): Bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung der Gefangenen liegt noch viel im argen. Ich beantrage, daß die Staatsregierung veranlaßt wird, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der hierin Abhülfe schafft.

Die Abstimmung über diesen Antrag wird bis nach Erledigung des Etats zurückgestellt.

Abg. **Witzmann** (natl.) weist darauf hin, daß die Gefängnisaufseher bei der Beamtengehaltsaufbesserung schlecht weggekommen sind. Der Dienst dieser Beamten ist ungleich schwieriger und verantwortungsvoller als der anderer Beamten. Das hat auch die Verwaltung anerkannt. Nur charakterfeste Männer können diesen Dienst leisten, denn sie sind Bestechungen ausgesetzt. Die Verbesserung der Bezüge ist somit dringend notwendig.

Abg. **Faltin** (Zentr.): Die Staatsregierung sollte aus eigenem Antriebe den Gefangenenaufsehern zu Hilfe kommen. Die Remunerationen führen nur zu ungerechten Verteilungen.

Abg. **Schepp** (Fortschr. Vp.) hält die Herabsetzung der Dienstzeit der Gefängnisbeamten für erforderlich.

Abg. **Siebert** (kons.) tritt für ein schnelleres Aufrücken der Anstaltsschreiber ein.

Abg. **König** (Zentr.): Aus der Tatsache, daß der Verdienst der Gefangenen stieg, könnte man schließen, daß die Gefängnisarbeit wieder gewachsen sei. Man muß aber anerkennen, daß in den letzten Jahren die Gefängnisarbeit nachließ. Ich hoffe im Interesse des gewerblichen Mittelstandes, daß die Gefängnisarbeit allmählich herabgesetzt und möglichst ganz beseitigt wird.

Geheimrat **Schlösser**: Für geistliche Fürsorge in den Strafanstalten ist ausreichend gesorgt. Der hygienische Zustand der Gefängnisse muß als befriedigend bezeichnet werden. Auch auf dem Gebiet der Fürsorge für die entlassenen Strafgefangenen ist bis jetzt schon viel erreicht worden. Es muß zugegeben werden, daß in den Besoldungsverhältnissen gegenüber den Aufsehern gewisse Härten bestehen. Um einen Ausgleich herbeizuführen, werden den Beamten entsprechende Beihilfen zuteil. Jeder handwerksmäßige Arbeitsbetrieb in den Strafanstalten ist ausgeschlossen. Es handelt sich vielmehr um minderwertige Arbeiten. Im übrigen ist die Gefängnisarbeit erheblich zurückgegangen.

Abg. **Waldstein** (Fortschr. Vp.) beantragt, den Betrag zur Förderung für die aus der Strafhaft Entlassenen im nächsten Jahre wesentlich zu erhöhen.

Nach kurzen Ausführungen der Abgg. Dr. **Fleuscher** (Z.) und **Weber** (natl.) wird der Antrag bis nach Erledigung des Etats zurückgestellt.

Beim Kapitel Wohltätigkeitszwecke tritt der

Abg. **Beyer-Neustadt** (Zentr.) für eine erhöhte Veteranenfürsorge ein.

Abg. **Runze** (Fortschr. Vp.): Unsere tapferen Freiheitshelden haben ein besonderes Anrecht, daß sie ausreichend unterstützt werden. Gerade in den letzten Jahren kamen zahlreiche Fälle vor, wo Veteranen im größten Elend starben. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die ausgeworfenen Summen nicht immer einwandfrei zur Verteilung kommen. Berlin tat in den letzten Jahren außerordentlich viel für die Veteranen, aber solche Beihülfen genügen nicht. Die Stadt, das Polizeipräsidium und das Generalkommando müssen einen Ausschuß bilden. Das Kaiserwort „Für die Krieger soll gesorgt werden" muß eingelöst werden.

Geheimrat **Wenger**: Es handelt sich bei der Veteranenfürsorge um eine Reichsangelegenheit. Nach den Verordnungen des Bundesrats soll eine wohlwollende Untersuchung aller in Betracht kommenden Fälle stattfinden. Die Unterstützungen der Kinder ganz auszuschalten, würde im Widerspruch mit der Tendenz des Gesetzes stehen. Die Zahl der unterstützungsbedürftigen Veteranen vermehrte sich in den letzten Jahren um 30 000. Auch der Minister gab im Vorjahre einen Erlaß heraus, wonach eine mildere Handhabung der Bestimmungen eintreten soll. Jedenfalls läßt es Preußen nicht an der nötigen Fürsorge fehlen.

Abg. **Leinert** (Soz.): Gegen die offiziöse Mitteilung, daß im Falle der Ablehnung des Petroleummonopols vom Reichstage den Veteranen die in Aussicht gestellten 8 Millionen nicht zugebilligt werden könnten, erheben wir entschieden Einspruch, und wir fordern unbedingt von der preußischen Regierung, ihre Stimme im Bundesrat für die Veteranen zu erheben. Die Konservativen brachten im Reichstage die Erbschaftssteuer zu Fall, und deshalb müssen die Veteranen hungern.

Abg. **Strosser** (kons.): Wir, die selbst in den Krieg zogen, wissen ganz genau, was den Veteranen not tut. Wir stellten bereits vor Jahren einen Antrag auf Erhöhung der Bezüge der Veteranen. Der Abg. Leinert hat deshalb keinen Grund, uns einen derartigen Vorwurf zu machen.

Beim Kapitel Medizinalwesen führt der

Abg. **Heckenroth** (kons.) aus: Erfreulich sind die Maßnahmen und Bestrebungen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, die ein Zurückgehen der Sterblichkeit von 20 auf 16 Prozent zur Folge hatten. Auch auf dem Gebiete der Krankenpflege wurde viel geleistet. Die Krankenpflegerinnen dürfen aber nicht überlastet werden; sie müssen höhere Bezüge erhalten. Allen Pflegerinnen muß ein Erholungsurlaub gewährt werden. Ferner muß den Schwestern die Alters- und Unfallfürsorge zuteil werden.

Abg. Dr. **Faßbender** (Zentr.): Auf die Frage des Geburtenrückganges möchte ich nicht hier nicht weiter eingehen. Sie ist in der letzten Zeit im Reichstage verhandelt worden, und ich kann im Rahmen eines kurzen Referats kaum etwas neues bringen. Die Ausführungen des Vorredners über die Verbesserung der Lage der Hebammen kann ich voll und ganz unterstreichen. Die Lage der Hebammen ist ja in den verschiedenen Gegenden verschieden; aber es muß doch gefordert werden, daß ein Mindesteinkommen ihnen gesichert wird. Der Fonds zur Unterstützung des Hebammenwesens muß, entsprechend den Bedürfnissen der notleidenden Kreise, in dem Umfange unterstützt werden, daß wirklich eine Verbesserung der Lage der Hebammen möglich ist. Wir sind einig mit dem Vorredner in der Anerkennung der Leistungen der christlichen Liebestätigkeit, auch darin einig, daß die Lage der freien Krankenpflegerinnen dringend einer Verbesserung bedarf. Die Frage der Tuberkulosebekämpfung hängt eng mit der Reform des Wohnungswesens zusammen. Sie ist in erster Linie eine Wohnungs- und Reinlichkeitsfrage. Es ist zu begrüßen, daß die Annahme eines Wohnungsgesetzes wenigstens für Preußen nahe gerückt ist. Aber mit dem Wohnungsgesetze allein, das doch in erster Linie immer Repräsivmaßnahmen zu ergreifen in der Lage ist, ist es nicht getan, sondern man muß sich auch um Maßnahmen der Bodenreform kümmern in dem Sinne, daß eine Verbindung von Grund und Wohnung herbeigeführt wird.

Es ist zu bedauern, daß der Reichstag im vorigen Jahre den Antrag auf Neuuntersuchungen über die Dauer der Impfwirkungen abgelehnt hat. Im großen und ganzen ist nicht zu leugnen, daß die Regierung das Nötige getan hat, um die aus der Impfung entstehenden Gefahren zu vermeiden. Die Impfärzte sind angewiesen, eine genaue Desinfektion der Impflanzette vorzunehmen und nur einwandfreie Lymphe zu verwenden. Die Regierung geht noch weiter, indem sie die Impfärzte einer besonderen Kontrolle der Medizinalärzte unterstellt. Die Impfung erregt vielfach Krankheiten. Daraus erklärt sich auch das große Heer der Impfgegner. Die Atteste der Hausärzte über die Zulassung einer Impfung werden vielfach nicht als vertrauenswürdig angesehen.

Der Hausarzt muß ganz besonders wissen, wenn Bedenken gegen die Impfung bei einem Kinde zu einer bestimmten Zeit vorhanden sind. Wie ist es nun mit dieser Tatsache zu vereinbaren, wenn auf Anordnung der Medizinalbehörde einer Regierung die Bedeutung der Atteste der Hausärzte einfach ausgeschaltet wird. So hat z. B. der Medizinalrat in Münster, als in der Stadt Rheine in Westfalen vor einigen Jahren die Zahl der Atteste, auf Grund deren eine Verschiebung der Impfung geboten war, ihm etwas groß erschien, diese Atteste einfach für unzulänglich erklärt (Hört, Hört! im Zentrum) und bestimmt, daß über die Verschiebung des Impftermins nur die Impfärzte entscheiden sollten. Die Stadt Rheine besteht nun zu fünf Sechsteln aus Textilarbeitern, die zum großen Teile aus Holland stammen und bei denen erfahrungsgemäß viele Kinderkrankheiten, besonders auch chronische Ekzeme vorkommen. Es ist klar, daß da, wo die Frauen in die Fabrik gehen müssen, um mit verdienen zu helfen für den Unterhalt der Familie und wo infolgedessen die Wartung und Pflege der Kinder zu wünschen übrig läßt, zweifellos gerade Ernährungserkrankungen und auch Hautkrankheiten besonders häufig vorkommen müssen. Das hätte eigentlich auch der Medizinalrat in Münster, da Münster ja von Rheine nicht allzu weit entfernt ist, wissen können und wissen müssen. Die ganze Sache gewinnt aber noch eine komische Seite dadurch, daß in Rheine die Einrichtung besteht, daß das Impfgeschäft bei den einzelnen Ärzten umgeht. Nun haben wir die interessante Erscheinung, daß der in dem einen Jahre als Impfarzt funktionierende Arzt ganz allein der Regierung als zuverlässig gilt, im nächsten Jahre aber nicht mehr vertrauenswürdig erscheint und die Atteste des anderen Arztes in dem Jahre wieder kein Vertrauen verdienen, der vorher das Vertrauen gehabt hat. (Heiterkeit.)

Ähnliche Verhältnisse, nur in viel brutalerer Form, sind mir aus dem Orte Plettenberg i. W. bekannt geworden, von wo mir ein größeres Aktenstück und ein Konvolut Zeitungen zugänglich gemacht worden ist. Die Unzufriedenheit großer Bevölkerungskreise hat sich dort so verdichtet, daß große allgemeine Versammlungen abgehalten wurden, und es ist eine ganze Reihe von Zeitungsartikeln darüber erschienen. Ich will darauf nicht näher eingehen, aber es dürfte wohl wünschenswert sein, daß der Herr Minister oder der Herr Ministerialdirektor über diese Dinge sich etwas näher äußert.

Aus allem, was ich über diese Materie gehört habe, habe ich das Resumee ziehen müssen, daß unzweifelhaft den Impfärzten in allen Fällen etwas größeres Wohlwollen beziehungsweise etwas konzilianteres und liebenswürdigeres Benehmen gegen die unteren Volkskreise zu empfehlen ist. Auch in der Statistik, die darüber vorliegt, und in mehreren Abschriften, die mir zugänglich gemacht wurden, ist der Fall des dortigen Impfarztes mitgeteilt, der einem Jungen, der nach der Impfung ein lächerliches Gesicht machte und, wie das bei einem Jungen eben nahe liegt, den Mutigen markieren wollte, nach Vollendung des Impfprozesses, als er das Lächeln bemerkte, wieder an den Arm genommen und gesagt hat: „Na, dann werden wir die Sache nochmals anders machen!", und ihm dann noch einige schärfere Schnitte beibrachte, um den Jungen für das Lachen zu strafen. (Hört! Hört! im Zentrum. Zuruf: Ob's auch richtig ist?) Es steht in der Eingabe und die Königliche Staatsregierung wird auch wohl eine Untersuchung in die Wege geleitet haben.

Weiter scheint mir aus dem Gesetz hervorzugehen, daß darauf Einwirkung gemacht werden muß, daß nicht allein die Entscheidung bei den Impfärzten liegt, sondern daß auch der Hausarzt gehört werden muß. Denn es ist eine Beleidigung des ärztlichen Standes, wenn gegen die Atteste der einzelnen Ärzte und ihre Glaubwürdigkeit auf solche Weise vorgegangen wird.

Weiter möchte ich zu dem Kapitel der Krebsforschung, die ja ebenfalls in der Budgetkommission angeschnitten wurde, noch einige Worte sagen: Die Zahl der Krebserkrankungen hat in den letzten Jahren zweifellos sehr zugenommen, und deshalb wird für uns auch eine energische Bekämpfung dieser Krankheit in Frage kommen müssen. In neuerer Zeit hat man nun in verschiedenen Orten daran gedacht, neue Institute zur Erforschung der Krebskrankheit ins Leben zu rufen, u. a. las ich, in Münster i. W. sei beabsichtigt, ein solches Institut zu gründen. Ich kann das nur als eine ganz unglückliche Idee bezeichnen. Das einzige, was auf diesem Gebiete einen wirklichen Fortschritt in der Forschung herbeizuführen imstande ist, ist die Zentralisation, die Gründung großer Anstalten, die in der Tat auch etwas Wichtiges zu leisten imstande sind. Nach dem Urteil aller Sachverständigen ist seinerzeit bei der Tuberkuloseforschung viel gefehlt worden, indem man viele Mittel durch Zersplitterung verschwendet hat. Man sollte diejenigen Vorgänge, die auf dem Gebiete der Tuberkuloseforschung lehrreich sind, auf das Gebiet der Krebsforschung übertragen und daraus die Lehre ziehen, daß die einzige Parole nur sein kann: Große leistungsfähige Anstalten, auskömmlich ausgestattet mit staatlichen Mitteln und tüchtigen Forschern. Zentralisation der Krebsforschung.

Dann ist in der Budgetkommission der Vorschlag des Reichstagskollegen Dr. Gerlach, den er im Reichstage gemacht hat, nämlich die Gründung eines Institutes zur biologischen Erforschung der Geisteskrankheiten, ebenfalls empfehlend besprochen worden. Auch ich möchte namens meiner Fraktion diesen Gedanken befürworten. Das fieberhafte Streben nach Erwerb und Genuß, alle die Verhältnisse, wie sie die moderne Kultur mit sich bringt, rufen eine besondere Reihung des Geburns hervor, welche unzweifelhaft zu Geisteskrankheiten disponieren. Dabei möchte ich heute, trotz der Abstinenzbewegung, auf den außerordentlichen Mißbrauch des Alkohols und die Zunahme der Geschlechtskrankheiten hinweisen. Alles das sind Momente, welche die Vorbedingung für die Verbreitung der Geisteskrankheiten bilden.

Minister des Innern v. **Dallwitz**: Das Hauptmittel zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit wird die sachgemäße Belehrung der Mütter sein. Entsprechende Anweisungen sind bereits ergangen. Es könnte ja zweckmäßig erscheinen, die Art der Beschäftigung der Krankenschwestern auf dem Verordnungswege zu regeln. Es ist indessen nicht ratsam, auch für private Anstalten die Verhältnisse von oben herab zu reglementieren. Die Atteste der Hausärzte über die Impfung werden deshalb nachgeprüft, weil die Ärzte häufig Impfgegner sind und durch die Zeugnisse die Impfung verhindern wollen. Daß ein Institut für Krebsforschung in Münster errichtet werden soll, davon ist uns nicht bekannt. Eine Enquête über die Ursache der Geisteskrankheiten wurde bereits vor 3 Jahren veranstaltet.

Abg. Dr. **Arning** (natl.): Die freie Arztwahl muß gewährleistet sein. Das Fernbleiben des Leipziger Verbandes bei der Verständigungskonferenz mit den Krankenkassen im Reichsamt des Innern war zwar verständlich, aber politisch unklug. Wir hoffen auf eine friedliche Beendigung der Verhandlungen zwischen den Ärzten und den Krankenkassen, so daß es zu einem dauernden Frieden kommen wird. Verkehrt würde es sein, amtlich einzugreifen. Der Erlaß des Ministers über die Rechtsfähigkeit der Ärztevereine rief in den Kreisen der Ärzte viel Aufregung hervor. Von einer Unterernährung und Degeneration unseres Volkes kann keine Rede sein, und deshalb ist auch die Behauptung falsch, daß der Geburtenrückgang mit dem Zolltarif in Verbindung steht. Der Geburtenrückgang ist eine Modekrankheit. Mit staatlichen Mitteln darf da nicht eingegriffen werden. Wir verdanken unsere Wehrmachtstellung unserer starken Bevölkerungszunahme. Staat und Gesellschaft müssen dafür eintreten, daß es so bleibt.

Minister v. **Dallwitz**: Der Erlaß über die strittige Frage der Rechtsfähigkeit der Ärztevereine ist zwar eine zwingende Notwendigkeit, bedeutet aber keineswegs einen Eingriff in die Rechtspflege.

Abg. **Lübicke** (frk.): Der Leipziger Verband hat viel für die Hebung des Ärztestandes getan. Er hat aber auch vielfach in der Hitze des Kampfes über das Ziel hinausgeschossen. Die staatlichen Bäder sollten unter die Medizinalverwaltung gestellt werden.

Abg. Dr. **Mugdan** (fortsch. Vpt.): Die Sittlichkeit unseres Volkes ist heute nicht schlechter als früher. Deshalb ist der Geburtenrückgang nicht mit der Moral in Verbindung zu bringen. Es muß die Verteuerung der ganzen Lebenshaltung hierbei berücksichtigt werden. Mit staatlichen Mitteln kann da nicht geholfen werden. Statt dessen sollte man lieber auf den Säuglings- und Mutterschutz bedacht nehmen. Die Krankenkassen, die die fakultativen Leistungen für Wöchnerinnen obligatorisch machen wollen, sollten staatlich unterstützt werden. Wir halten das Treiben der Impfgegner für volksgefährlich.

Ministerialdirektor **Kirchner**: Der Geburtenrückgang ist nicht so bedenklich, wenn man berücksichtigt, daß zugleich auch die Sterbeziffer zurückgeht. Die Geburtenziffer nimmt auch in benachbarten Ländern ab. Es ist nun freilich besser, wenn in der Familie 6 Kinder geboren werden und am Leben bleiben, als wenn von 12 Kindern 6 oder 8 sterben. Eine gewisse Beschränkung der Geburtenziffer ist von einer gewissen ethischen Bedeutung. Die wirtschaftlichen Verhältnisse können hierbei nicht in Rücksicht gezogen werden. Denn zweifellos hob unser wirtschaftlicher Zustand auch den geistigen Zustand unseres Volkes, der gegen früher nicht schlechter geworden ist. Es ist der Wille des Volkes, nur so viel Kinder zu haben, als es ernähren kann. Hierbei kommt die moralische Verantwortung zur Geltung. Wenn aber Mittel angewendet werden, um eine Leibesfrucht zu zerstören, so ist das vom ethischen und ärztlichen Standpunkte auf das entschiedenste zu verurteilen. Es ist eine verdammungswürdige Methode, unser Volk dahin zu bringen, daß es natürliche Sachen verhindert. Die Dinge sind so zart und prekär, daß sich mit gesetzlichen und polizeilichen Maßregeln nicht viel tun läßt. Wir werden darauf sehen, daß die Kolporteure, die mit gefährlichen Abtreibungsmitteln hausieren, überwacht werden. Hoffentlich rafft sich das Volk selbst aus diesem Sumpfe empor. In katholischen Gegenden ist der Geburtengang viel geringer als in anderen Gegenden; im Osten ist er geringer als im Westen; in polnischen Gegenden ist so gut wie kein Geburtenrückgang festzustellen. Ich hielt es für notwendig, daß von dieser Stelle aus ein Warnruf erfolgt.

Abg. **Ströbel** (Soz.): Das ganze Ärztewesen müsse verstaatlicht werden. Dann würden auch die Eifersüchteleien unter den Ärzten verschwinden. Die Hauptursache des Geburtenrückganges ist die schlechte Lebenshaltung der unteren Bevölkerungsklassen.

Darauf wird die Weiterberatung auf Samstag 11 Uhr vertagt. Außerdem Etat der Bauverwaltung.

Schluß 5¼ Uhr.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. Febr. (Drahtb.)

Am Bundesratstische Staatssekretär Dr. Delbrück.

Präsident Graf v. **Schwerin-Löwitz** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Die zweite Beratung des Etats

des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt.

Die Verhandlung beginnt mit der gestern abgebrochenen Debatte über das Kapitel „Förderung und Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und Beamte."

Abg. Dr. **Jäger** (Ztr.): Trotzdem Preußen die Wohnungsfrage in Angriff genommen hat, indem es einen dem Landtage vorgeschlagenen Gesetzentwurf veröffentlichte, so liegt doch für das Reich kein Grund vor, die Hand in den Schoß zu legen. Alle Gehaltserhöhungen der Beamten und alle Verbesserungen im Lohne der Arbeiter kommen hauptsächlich nur der Grundstücksspekulation zugute. Dafür ist gerade Berlin ein klassisches Beispiel. Um hier Abhülfe zu schaffen, muß der Kleinhausbau gefördert werden. Er ermöglicht es den Arbeitern und kleinen Beamten für ihre Verhältnisse passende Wohnungen zu angemessenen Preisen zu finden. Den sich dabei entgegenstellenden Schwierigkeiten kann das Reich durch Änderung bestehender Gesetze vielfach abhelfen. Der preußische Gesetzentwurf sieht ja eine Wohnungsaufsicht vor, allerdings nur in beschränktem Maße. Hier könnte vielleicht das Reich eingreifen, indem es solche wenigstens für Gemeinden mit über 30 000 Einwohnern festlegt.

Abg. **Götting** (natl.): Das preußische Wohnungsgesetz begrüßen wir dankbar. Es wird jetzt wieder ein Konkurrenzlauf einsetzen zwischen Reich und Staat. Den Erfolg müssen wir abwarten. Wir hoffen, daß es zu einem Siege unserer Ideen kommen wird. Großes Gewicht legt meine Partei indessen gegenwärtig auf positive Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot. Dahin gehört die Schaffung einer Reichspfandbriefanstalt und die Übernahme von zweiten Hypotheken durch Kommunen und sonstige öffentliche Stellen. Über einzelne Teile des Wohnungsgesetzes sind wir alle einig. Dieser spruchreife Teil sollte möglichst bald in Wirksamkeit gesetzt werden, um die großen bestehenden Mißstände zu beseitigen. Doppelt gibt, wer bald gibt.

Abg. Graf **Westarp** (kons.): Auch meine politischen Freunde halten die Frage des Kleinwohnungswesens für eine der wichtigsten und höchsten Aufgaben des Reiches. Soweit es sich um Wohnungsaufsicht und Vorschriften über die Beschaffenheit der Wohnungen oder ähnliche Dinge handelt, gehört die Materie zur Gesetzgebung der Einzelstaaten. Mit den Ausführungen des Staatssekretärs in der Kommission, das Reich müsse eingreifen, wenn Preußen nicht bald vorgehe, können wir uns nicht einverstanden erklären. Wir können es aber nicht zugeben, daß das Reich ein Kontrollrecht über innerpreußische Angelegenheiten bekommt, das verstößt gegen die Verfassung. Beim Berggesetz, beim „Mißtrauensvotum" über das Enteignungsgesetz und bei dem Wahlrechtsantrage rüttelt die Sozialdemokratie fortgesetzt an den Grundlagen der Verfassung, die sie allmählich beseitigen will, um ein einheitliches Reich auf demokratischer Grundlage zu schaffen. (Widerspruch und Huh-Rufe links. Sehr wahr! rechts.) Eine Garantie des Reiches für die Bürgschaften für die zweiten Hypotheken dürfte doch auf praktische Schwierigkeiten stoßen. Auch wir wünschen, daß das Reich mit Energie vorgeht bei der Beschaffung von Wohnungen für Arbeiter und Beamte.

Staatssekretär **Delbrück**: Meine Erklärungen in der Budgetkommission, die ich bezüglich einer reichs- bezw. landesgesetzlichen Regelung des Wohnungswesens abgegeben habe, haben Anlaß gegeben zu erregten Angriffen, wie sie so scharf noch nicht erhoben worden sind. Die Kritik, die sich gegen einen Abwesenden richtet, hat nach meiner Empfindung die Grenzen einer sachlichen Kritik weit überschritten. (Sehr richtig!) Die Angriffe würden sicher nicht so schwer geworden sein, wenn die Urheber den Lauf der Dinge in der Kommission wirklich gekannt hätten. Meine Erklärung in der Kommission war nichts anderes als meine Erklärung im vorigen Jahre bei diesem Titel im Plenum. Ich habe gesagt, daß ich Bedenken hätte gegen eine reichsgesetzliche Regelung dieser Materie, wenn aber die Bundesstaaten versagten, dann würden wir an die Frage heranzutreten haben. Kein Mensch innerhalb und außerhalb des Hauses hat damals an dieser Erklärung Anstoß genommen, niemand hat sie für etwas anderes gehalten, als für das Bekenntnis zu einer absoluten Dringlichkeit nach einer gesetzlichen Regelung des Wohnungswesens. Der Reichstag hat seinerzeit nicht in einer Massenabstimmung über die Resolution entschieden, sondern sie einer besonderen Kommission überwiesen, und diese Kommission hat einstimmig mit den Stimmen der Rechten beschlossen, daß entgegen meiner Auffassung von der Verfassung das Reich eine Aufgabe übernehme, die nicht zu seiner Kompetenz gehöre. Diese Resolution ist dann auch im Plenum zur Verhandlung gekommen u. wurde auch hier einstimmig angenommen. Der Bundesrat hat sich nicht für oder wider entschieden, sondern die Angelegenheit dem Reichskanzler überwiesen; darauf habe ich mich an die einzelnen Bundesstaaten gewandt und die Antwort bekommen, daß sie sich ihrerseits mit dieser Frage beschäftig hätte.

In Preußen bestand ursprünglich die Absicht, den Gesetzentwurf dem preußischen Landtage schon früher vorzulegen. Es traten jedoch Verzögerungen ein, und dann wurde sich das preußische Staatsministerium schlüssig, den Entwurf sofort dem König zur Sanktionierung vorzulegen, mit der Berechtigung, ihn alsbald zu publizieren, ihm aber erst im Herbste dem Landtage vorzulegen, weil nicht zu erwarten sei, daß das Gesetz bis Pfingsten erledigt werden könnte. Dadurch, daß die Kabinettsorder vorliegt, wonach der Gesetzentwurf dem Landtage nach den Neuwahlen vorgelegt wird, ist eine absolute Garantie dafür geschaffen, daß die Sache nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden kann. Nun ist gefragt worden, was ich tun würde, um mein Versprechen zu erfüllen. Da kann ich nur sagen: Wenn ich mein Versprechen nicht anders erfüllen kann, so muß ein anderer Staatssekretär an meine Stelle treten. Das ist die einzige Form, in der in einem konstitutionellen Staate sich ein Minister für sein Wort einsetzen kann. (Bravo!) Darin liegt weder eine Beeinträchtigung der Rechte und Wünsche der Bundesstaaten noch eine Bedrohung des preußischen Ministeriums. (Sehr gut! links.) So sieht die Sache aus, wenn man sie betrachtet, ohne Gesichtspunkte hineinzutragen, die mit dieser Angelegenheit nichts zu tun haben. Man hat auch einen Konflikt des Ministers des Innern mit mir hier hineingetragen; für diese Annahme fehlt jeder Anlaß! Der Minister des Innern ist allein in dieser Sache gar nicht zuständig. Diese Kombination steht in Verbindung mit der Sache der Wahlurnenfrage; dieser schöne Stoff mußte unbedingt weiter gesponnen werden! Das ganze Haus einschließlich der Rechten hat die reichsgesetzliche Regelung der Wohnungsfrage verlangt; wenn ich überhaupt eine Verbeugung gemacht habe, so war es vor der Gesamtheit des Reichstages.

Dann ist auch die Frage mit meiner Haltung bezüglich des Streikpostenstehens verkuppelt worden. Herr Dr. Oertel hatte sogar die Liebenswürdigkeit, mir Mangel an Mut vorzuwerfen. Ein derartig schwerer Vorwurf ist so leicht allerdings noch nicht erhoben worden. Was uns grundsätzlich trennt, ist die Beurteilung des Problems der Sozialdemokratie und der Sozialpolitik überhaupt. Die soziale Politik ist nicht eine Frage, die die Sozialdemokraten erfunden haben, und die von der Sozialdemokratie gelöst werden soll oder muß, sondern sie ist der Komplex von Problemen, die herausgewachsen sind aus der gewaltigen Umgestaltung der Verhältnisse in unserem deutschen Vaterlande. Die Lösung dieser Probleme ist und bleibt die wichtigste Aufgabe unserer Zeit. Sie ist eine sittliche Pflicht des Reiches und des Staates. (Bravo! im Zentrum und rechts.) Ohne Rücksicht darauf, wie die Sozialdemokratie dazu steht, ist sie das wirksamste Mittel zur Beseitigung der Schäden im wirtschaftlichen Leben. Wenn wir diesen Schäden unbefangen ins Gesicht sehen und wenn wir sie beseitigen, so entziehen wir der Sozialdemokratie den Grund ihrer Existenz. (Zuruf links: Abwarten! Abg. Schultz-Bromberg (Rp.) ruft: Daher die 110!) Hätten die bürgerlichen Parteien ihre Pflicht vor einem Jahre getan, dann würden die 110 nicht da sein. (Lebhaftes Bravo!) Ich kann Ihnen sagen, die Sache ist auf dem Marsch und, soweit es an uns liegt, wird sie von uns gefördert werden.

Abg. v. **Trampczynski** (Pole): Von dem preußischen Wohnungsgesetz verspreche ich mir nichts, wenn nicht die ganze Ansiedlungspolitik geändert wird. Die Polen werden auf das schlimmste drangsaliert, ihnen wird die Bauerlaubnis nicht erteilt, auch wenn der größte Mißstand besteht. Solche Heldentaten werden wir aber stets hier niedriger hängen. (Beifall bei den Polen.)

Abg. **Dr. Arendt** (Reichsp.): In bezug auf die Sozialpolitik stehen wir auf dem gleichen Standpunkt wie der Herr Staatssekretär, denn aus unseren Reihen sind die ersten Anregungen für eine Sozialpolitik ergangen. (Lachen bei der Sozialdemokratie.) Wenn Sie lachen, lachen Sie über Ihre eigene Unwissenheit. (Widerspruch.) Der Staatssekretär hat recht, wenn er ohne Rücksicht auf das Vorhandensein der Sozialdemokratie weitere Fortschritte zu machen sucht; aber eins habe ich vermißt, die Beurteilung der Sozialdemokratie ist damit nicht erschöpft, sondern ich glaube, daß zu dem, was der Staatssekretär hier ausgeführt hat, hinzukommen muß, daß die Sozialdemokratie als eine politische Umsturzpartei mit allen Mitteln bekämpft werden muß. (Hu! hu! bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe, daß das auch die Anschauung des Staatssekretärs ist. Wenn er meint, die Schuld der bürgerlichen Parteien sei es, daß die 110 Sozialdemokraten hier sitzen, so muß ich dem leider zustimmen. Der Hader und Zwist unter den bürgerlichen Parteien ist die Voraussetzung für den Sieg der Sozialdemokraten gewesen. Ich fürchte aber, daß man auch die Regierung nicht gänzlich von Schuld freisprechen kann, daß die Sozialdemokratie so große Erfolge erzielt hat. Außenstehende konnten nicht wissen, daß der Staatssekretär durch eine Erklärung in der Kommission einer allerhöchsten Entscheidung vorgreifen würde. Man mußte es als eine Drohung gegenüber dem Preußenministerium ansehen. Die Verfassungsgrundsätze müssen respektiert werden. Das Reich muß auch die Rechte der Bundesstaaten respektieren. Wir hätten lieber als Besiegte aus dem Wahlkampf hervorgehen wollen, als daß wir hier auf den Krücken der Sozialdemokratie erschienen wären. Einer gesunden Sozialpolitik durch die Wohnungsfürsorge schließen wir uns gern an und bewilligen gern größere Summen. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß der überwiegende Teil der Wohnungsfürsorge in den Händen der Privaten liegt. Deshalb ist Voraussetzung für die Gesundung, daß

Abg. **Werner** (Rfpt.): Die großen Übelstände auf dem Wohnungsgebiete zeigen sich besonders in Berlin. Hier tut es dringend not, daß endlich eingegriffen wird.

Abg. Graf **v. Westarp** (kons.): Was der Staatssekretär in der Budgetkommission sagte, war der Öffentlichkeit nicht bekannt, nämlich daß das Wohnungsgesetz bereits bis zur Vorlage im Kabinett gediehen sei. Deshalb trat es besonders scharf hervor, als er meinte, daß Reich müsse vorgehen, wenn Preußen versage. Wir Konservativen haben alles Verständnis für die soziale Lage der minderbemittelten Klassen. (Sehr richtig rechts.) Das haben wir von Anfang an bewiesen. Was die 110 Sozialdemokraten anbelangt, so muß ich es entschieden zurückweisen, daß wir nicht unsere Pflicht getan hätten. (Lachen bei den Sozialdemokraten; Bravo-Rufe rechts.) Es besteht vielfach die Ansicht, daß auf Seiten der Regierung nicht genügend geschehen ist zur Aufklärung der Massen. (Lachen.) Ich will der Regierung ihren Vorwurf nicht zurückgeben; ich muß ihn aber zurückweisen.

Abg. **Ledebour** (Soz.): Wären die Konservativen bei den Wahlen auf ihre eigene Kraft angewiesen gewesen, so wären sie nicht einmal zur Hälfte hier.

Vizepräsident Dr. **Paasche** bittet den Redner, nicht wieder die Generaldebatte aufzurollen.

Abg. **Ledebour** fortf.: Ich muß darauf eingehen, weil von jener Seite scharfe Angriffe gegen die Sozialdemokratie erhoben worden sind. In Deutschland regiert Preußen. Der bundesstaatliche Charakter des Reiches ist ganz illusorisch zum Schaden für die übrigen Bundesstaaten. Die ganze Aktion des Mißtrauensvotums, das mit drei Viertelmehrheit angenommen wird, hinter der 8½ Millionen Wähler stehen, ist verpufft, da der preußische Staat sich keinen Pfifferling daraus macht. Die konservative Partei hat zweierlei Maß. Sie betreibt eine Politik mit doppeltem Boden, je nachdem sie in Preußen oder im Reiche ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Giesberts** (Zentr.): Ich bedauere, daß die Debatte eine solche Form angenommen hat. Die einmütige Haltung des Reichstages aus den früheren Jahren leidet darunter erheblich. Eine Einschränkung des Koalitionsrechtes würde nicht allein die sozialdemokratischen Organisationen treffen, sondern auch die christlichen Gewerkschaften. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie kann nicht durch Ausnahmegesetze besorgt werden.

Abg. **Schultz** (Reichspt.): Die Heftigkeit der Angriffe des Abg. Ledebour gegen meine Partei charakterisiert unsere Bedeutung. (Lachen.) Es ist nicht richtig, daß Herr v. Kardorff den Staatssekretär Delbrück den jungen Mann des Herrn v. Dallwitz genannt hat. Herr v. Kardorff verlangt, daß gegen eine unberechtigte Einmischung anderer Staaten Front gemacht wird. Das war hier der Fall, wo der Reichstag sich anmaßte . . . (Großer Lärm links)

Vizepräsident Dr. **Paasche**: Ich kann nicht zulassen, daß Sie von einem Anmaßen des Reichstages sprechen.

Abg. **Schultz** fortf.: Der Reichstag verlangte, daß ein in legaler Weise zustandegekommenes preußisches Gesetz aufgehoben werde. Darin lag eine Einmischung.

Vizepräsident Dr. **Paasche**: Von der Wohnungsfürsorge ist in den letzten Reden kein Wort gesprochen worden. Ich bitte, sich an das Thema zu halten.

Abg. **Gothein** (fortschr. Vpt.): Es mag an sich wohl manchmal zweifelhaft sein, welches Gesetz das Reich und welches ein Bundesstaat angeht. Beim Wohnungsgesetz ist man aber einstimmig der Ansicht gewesen, daß diese Materie reichsgesetzlich zu regeln sei.

Damit schließt die Debatte. (Bravo.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Der Titel wird bewilligt.

Die Resolutionen der Budgetkommission und des Abg. Mumm werden einstimmig angenommen.

Den Einnahmen wird debattelos zugestimmt.

Damit ist die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern erledigt.

Es folgen Petitionen zum Etat des Reichsamts des Innern.

Diese werden, entsprechend den Beschlüssen der Kommission, erledigt.

Darauf vertagt sich das Haus auf Samstag 11 Uhr. T.-O.: Justizetat.

Schluß 5¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstage.

In der 13. Kommission des Reichstages (Verfahren gegen Jugendliche) erklärte am Freitag auf Ersuchen des Vorsitzenden ein Regierungsvertreter: Der Justizausschuß des Bundesrats, nicht das Plenum, habe sich mit der Angelegenheit beschäftigt und das Ergebnis der unverbindlichen Besprechung sei folgendes: Was die bedingte Verurteilung, Rehabilitierung und die besonderen Bestimmungen über den Strafvollzug bei Jugendlichen betreffe, so ständen die verbündeten Regierungen mit erdrückender Mehrheit auf den Standpunkt, daß eine Hineinarbeitung dieser drei Paragraphen in den Entwurf, diesen absolut mannehmbar machen würde. Was die Heraufsetzung des Strafmündigkeitsalters bis zum 14. Jahre betreffe, so beständen auch dagegen schwere Bedenken. Immerhin wäre dieser Paragraph noch annehmbar, wenn der Gesetzentwurf im übrigen der Form nach annehmbar erscheine.

Herrn Gottlieb v. Jagows Debut.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte Freitag die Beratung des Marineetats fort. Dabei gab der Staatssekretär des Auswärtigen Amts über die auswärtige Lage Erklärungen ab. Er betonte, daß die Beziehungen zu den Mächten, namentlich zu England, gut seien, eine Erklärung, die mit Befriedigung aufgenommen wurde u. die Ausführungen des Staatssekretärs des Reichsmarineamts am Donnerstag bestätigten. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts ging sodann auf die Ausführungen des englischen Marineministers vom März v. Js. näher ein, daß ein Verhältnis von 10 : 16 zwischen der deutschen und englischen Schlachtflotte für das nächste Jahr akzeptabel sei und vertrat seinerseits den Standpunkt, daß auch er als Leiter des Ressorts keine Bedenken haben würde. Nach längerer vertraulicher Debatte, in der die Redner der einzelnen Parteien zu diesen Erklärungen Stellung nahmen, wurde der Titel „Gehalt des Staatssekretärs" in Beratung genommen.

Über das erste Auftreten des neuen Staatssekretärs des Auswärtigen v. Jagow in der Budgetkommission wird dem „Berliner Lokalanzeiger" noch geschrieben: Mit seiner wohlformulierten Erklärung über unsere Beziehungen zu den anderen Mächten trat v. Jagow recht frisch und sicher auf. Die bald darauf aus dem Schoße der Kommission heraus einsetzende ziemlich vielseitige Kritik nahm Herr v. Jagow anfangs lächelnd auf, um bald darauf mit sehr ernster Miene und nach gründlicher Überlegung mit seinem Unterstaatssekretär Zimmermann seine ersten Darlegungen zu erweitern und zu kommentieren. Da verfügte er aber nicht mehr über die anfängliche Gewalt und Sicherheit. Als er schließlich seine für die Presse bestimmte Mitteilung (die wir vorstehend abdruckten) zu Papier brachte, wurde aus der Kommission heraus eine nicht unwesentliche diplomatische Korrektur an dem Communique vorgenommen. Alles in allem lautet das Urteil der bei seinem ersten Debut anwesenden Parlamentarier: Herr v. Jagow hat sich in sein neues Amt noch nicht vollständig eingearbeitet.

München, 7. Febr. **(Drahtb.)** Die „Bayerische Staatszeitung" bemerkt an leitender Stelle über die Königsberger Rede des Kaisers: „Diese Kaiserlichen Worte, die in ihrer Bestimmtheit auf jeden, der an dem Gedeihen des Reiches Anteil nimmt, überzeugend wirken müssen, werden beim deutschen Volke volle Zustimmung finden. Es gilt nicht nur, in Dankbarkeit sich der Opfer zu erinnern, die Deutschland vor 100 Jahren in schweren Zeiten gebracht hat, sondern es gilt auch, wenn es Not tut, im Geiste unserer Väter gemeinsam zu handeln."

Cöln, 7. Febr. **(Drahtb.)** Die „Köln. Zeitung" meldet aus Adis Abeba: Der deutsche Geschäftsträger Dr. Zechlin hat in feierlicher Audienz dem Thronfolger Lidsch Jassu ein Gegengeschenk Kaiser Wilhelms überreicht. Der Thronfolger drückte hierüber seine lebhafte Freude aus.

Ausland.

Belgien.

Brüssel, 7. Febr. **(Drahtb.)** Die Kammer beendigte heute die Diskussion über den Antrag der Sozialdemokraten, eine Verfassungsrevision im Sinne des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in die Wege zu leiten und verwarf diesen Antrag mit 99 gegen 83 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen. Vor der Abstimmung verlas der Abg. Vandervelde im Namen der sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß nunmehr nach Lage der Sache der Generalstreik unvermeidlich geworden sei, das heißt, daß die Mehrheit dadurch, daß sie jeden vermittelnden Vorschlag ablehne, die Arbeiterschaft zwinge, ihrerseits die äußersten Schritte zu unternehmen.

England.

London, 7. Febr. „Daily Telegraph" knüpft in einem Leitartikel an die Königsberger Rede des Kaisers über York von Wartenburg an: Wir in England, schreibt das Blatt, teilen die Begeisterung des Kaisers für die großen Männer der Nation. Uns fehlt es keineswegs an Sympathien für alle die geblegenen und großen Charaktereigenschaften, die das Deutsche Reich haben gründen helfen. Man muß das von Zeit zu Zeit wiederholen, weil bei der täglichen Handelskonkurrenz die unvermeidlichen Gegensätze deutlicher hervortreten als die wirklichen, wenn auch latenten Sympathien, welche die englische Nation mit der deutschen verbinden. Das Blatt fährt fort: Glücklicherweise haben die Beziehungen zwischen Berlin und London heute eine befriedigendere Grundlage als zu irgendeiner Zeit in den letzten 10 bis 12 Jahren. Das Blatt lobt die neuerliche Rede des Fürsten Lichnowski, deren Bedeutung nicht leicht übertrieben werden könne. Die Tripleentente arbeite heute kräftig Seite an Seite mit dem Dreibunde zusammen, während Deutschland und England sich freundschaftlich ihrer Aufgabe widmen, in der Sache des europäischen Friedens die Vermittler zu spielen.

London, 6. Febr. Während der Verhandlungen im Unterhause erhob sich plötzlich ein Mann auf der Galerie und schrie: „Ich protestiere gegen die unehrenhafte Behandlung der Frauen!" Der Mann wurde von den Dienern sofort hinausbefördert.

Die Balkanwirren.

Die Kämpfe auf Gallipoli.

Oberst Tethy Bei, ein intimer Freund Enver Beis, hat sich mit der unter seinem Befehl stehenden Abteilung auf der Halbinsel Gallipoli nach Süden zurückgezogen, so daß er auf der Landseite abgeschnitten ist.

In den ersten Morgenstunden des Freitag traf in London ein Telegramm ein, demzufolge es sich bestätigt, daß Oberst Enver Bei mit etwa 20 000 Mann bei Rodosto gelandet ist. Die Bulgaren zogen sich vor der türkischen Übermacht zurück, erhielten aber Verstärkungen und griffen die Türken von neuem an, deren Vorgehen durch die schweren Geschütze des Kreuzers „Messudjeh" gedeckt wurde. Es ist eine heftige Schlacht entbrannt, deren Kanonendonner man in Konstantinopel hört.

Aus den Dardanellen in Konstantinopel eintreffende Reisende erzählen, daß griechische Transportdampfer den Versuch machen, serbische Truppen an der Gallipolis gegenüberliegenden Küste zu landen. Die Truppen seien in Saloniki mit der angeblichen Bestimmung für Durazo eingeschifft worden.

Über Gallipoli sind gestern zahlreiche mohammedanische Flüchtlinge an Bord des Lloyddampfers „Bukowina" in Konstantinopel eingetroffen.

Das Kanonenboot „Zohaff" bombardierte Donnerstag nachmittag Nitriophito, das die Bulgaren kurz vorher besetzt hatten. Die bulgarische Artillerie erwiderte das Feuer. Die Bulgaren haben auch Schatój besetzt. Die Behörden von Nitriophito wurden an Bord des Dampfers „Zohaff" gebracht und nach Gallipolis befördert.

15 000 Türken gefallen, 10 000 Türken gefangen genommen?

Aus Mustapha Pascha kommen von angeblich unterrichteter Stelle über Sofia Mitteilungen, die die türkische Niederlage auf Gallipoli recht erheblich erscheinen lassen. Danach gingen nicht die Bulgaren, sondern die Türken zum Angriffe gegen die Stellungen am Kawakfluße vor. Während die bulgarische Kavallerie das Gestade des Marmara-Meeres abpatrouillierte, um eine vielleicht beabsichtigte Landung türkischer Streitkräfte zu verhindern, warfen die Infanterie und die Artillerie der Bulgaren den Gegner zurück. Dieser räumte anfangs in ziemlicher Ordnung das Feld; als aber die inzwischen angesammelte Kavallerie an die Spitze der Verfolger trat, artete der türkische Rückzug in eine panikartige Flucht aus. Die bulgarische Kavallerie richtete unter den Flüchtenden ein furchtbares Gemetzel an. Man schätzt die türkischen Verluste an diesem Tage auf 15 000 Mann. Unbestätigt ist noch das Gerücht, daß die Bulgaren 10 000 Gefangene gemacht hätten. Die Türken sind jetzt auf der Halbinsel Gallipoli gleichsam eingepfropft. Die Frage ist nun, ob sich die Bulgaren in den Hals der Flasche wagen werden. Der Umstand, daß die türkische Flotte während der letzten Kämpfe nicht zu sehen war, gibt zu denken Anlaß. Es ist möglich, daß sie nur darauf wartet, bis die bulgarische Armee in den nur 8 Kilometer breiten Flaschenhals gegangen ist.

Wo ist die griechische Flotte?

Die Tatsache, daß die griechische Flotte seit Beginn der Feindseligkeiten sich bisher gänzlich untätig gezeigt hat, obgleich es jetzt ihre erste Aufgabe sein müßte, die Operationen der Bulgaren auf Gallipoli zu unterstützen und die türkische Flotte niederzukämpfen, wird in Londoner gut unterrichteten Kreisen darauf zurückgeführt, daß bei dem letzten Seegefecht von Tenedos, über das ja von griechischer Seite nichts Rechtes zu erfahren war, der „Georgios Averoff", das weitaus größte und stärkste Schiff der griechischen Marine, doch so schwer durch türkische Geschosse beschädigt wurde, daß er ins Dock hat gehen müssen. Auch das kleine Schlachtschiff „Spesai" soll schwere Beschädigungen erlitten haben.

Die Zusammenstöße an der Tschataldschalinie.

Amtlich wird aus Kalikratia bestätigt, daß die türkischen Truppen Donnerstag die Station Baktscherschkioj an der Bahnlinie nach Tschataldscha sowie die dem rechten Flügel der türkischen Armee gegenüberliegenden Höhen besetzten. Die türkischen Erkundungsabteilungen sind mit dem Feinde in Fühlung.

Wie aus Sofia gemeldet wird, **nahm an dem gemeldeten Kampfe südlich des Kawakflusses auch die türkische Flotte teil. Ihr Feuer fügte den bulgarischen Truppen angeblich keine Verluste zu. Bei Tschataldscha gingen mehrere türkische Infanteriebataillone, von den Artillerie Forts unterstützt, gegen das Dorf Izzedin vor. Sie versuchten auf das rechte Ufer des Kawak zu gelangen, wurden jedoch von den bulgarischen Vorposten zurückgeworfen und kehrten mit empfindlichen Verlusten in ihre Stellungen zurück. Die Beschießung Adrianopels dauert fort.**

Die Pforte dementiert die Gerüchte, wonach christliche Geistliche in Adrianopel gehenkt worden seien, sie teilt weiter mit, daß die türkische Armee in der Tschataldschalinie zum Angriff übergehe.

Nach einer Blättermeldung aus Konstantinopel begab sich der Kreuzer „Medschidjeh" mit zwei Torpedobooten nach dem Schwarzen Meer, wahrscheinlich in der Absicht, die Landung der von Kleinasien eingetroffenen Truppen bei Midig zu beschützen.

Weitere Nachrichten.

Die Gerüchte, daß bulgarische Delegierte zu Friedensverhandlungen in Konstantinopel eintreffen werden, werden energisch dementiert.

Wie in diplomatischen Kreisen versichert wird, ist die Türkei finanziell kaum in der Lage, den Krieg noch acht Tage fortzusetzen. Die vom jungtürkischen Komitee 50 Millionären auferlegte Kriegssteuer von je 20 000 Pfund erlitt Fiasko, da sie nebst zwei kaiserlichen Prinzen rundweg die Zahlung verweigerten. Das Komitee selbst wünscht, durch freiwillige Übergabe Adrianopels der Kriegspflichtung ledig zu werden. Der Großwesir dürfte schon in der nächsten Woche als Kabinettchef abdanken.

Mit Rücksicht auf die finanzielle Schwierigkeit des Staatsschatzes hat das türkische Finanzministerium in den letzten Tagen in Gegenwart Nogaras, als Vertreters der italienischen Obligationäre, Verhandlungen mit der Dette publique über die Möglichkeit eines neuen Vorschusses aufgenommen.

Da das Kriegsministerium Ambulanzen für 30 000 Verwundete vorbereitet, hat die Pforte das griechische Patriarchat aufgefordert, dem Sanitätsdienst die Gebäude von drei höheren Schulen zur Verfügung zu stellen.

Die englische Sanitätsmission und die Mission der jüdischen sanitären Organisation in Sofia sind angewiesen worden, sich angesichts der in wenigen Tagen zu erwartenden Kapitulation Adrianopels zur Abreise dorthin bereit zu halten.

Aus der Stadt.

Münster, 8. Februar.

× **Militärisches.** Den Ehrenpreis des Kaisers für Offiziere der Kavallerie für die besten Leistungen in Dauerritten im Jahre 1912 hat im 7. Armeekorps Leutnant Frhr. v. Wrede im Ulanen-Regiment Nr. 5 erhalten.

❑ **Katholischer Arbeiterverein Münster-Ost.** Zu einem Elternabend ladet die Vereinsleitung die Mitglieder und erwachsenen Familienangehörigen für Sonntag abend im großen Vereinssaale ein. Gesang, Musik und Deklamationen wechseln mit einander ab. Die Veranstaltung soll die Sorge der Eltern um ihre Kinder im jugendlichen Alter sowohl, wie im späteren Leben veranschaulichen, was besonders durch „Lebende Bilder" zum Ausdrucke gebracht wird. Da die Vereinsleitung weder Kosten noch Mühe gescheut hat, einen würdigen Elternabend zu veranstalten, so darf sie auf ein volles Haus gewiß rechnen.

+ **Vom Martini-Kirchturm.** Gestern wurden die Zimmer-Arbeiten und die Holzlieferung zur Wiederherstellung der Kirchturmspitze vergeben. Diese sind dem Maurermeister H. Frisch hier, der gegenwärtig auch die übrigen Restaurierungsarbeiten ausführt, übertragen worden.

⊙ **Einem Gauner** sind zwei auswärtige Viehhändler in die Hände gefallen. Ein hier vorübergehend wohnender Gärtnergehilfe bestellte bei diesen Viehhändlern für etwa 1000 Mark Schweine, die ihm auch ohne weiteres gesandt wurden. Der Schwindler hat die Tiere sofort bei Leuten in Gievenbeck verkauft und den Erlös verjubelt. Er wurde verhaftet.

⊙ **Eingebrochen** wurde in vergangener Nacht in der Wirtschaft W. auf dem Bült. Die Diebe haben ein Fenster gewaltsam geöffnet, sind dann eingestiegen und haben mehrere Kisten mit Zigarren und Zigaretten entwendet. Außerdem haben sie noch einige Flaschen Schnaps mitgehen heißen.

+ **Gefährlicher Sturz.** Gestern mittag benutzte im städtischen Verwaltungsgebäude ein Bote eine Leiter in dem Neubau des Treppenhauses, um von der zweiten Etage zum Bodenzimmer zu gelangen. Die Leiter rutschte aus und der Bedauernswerte stürzte aus beträchtlicher Höhe auf die Steine, wo er schwer verletzt liegen blieb. Der Verunglückte wurde zum Clemenshospital gebracht. Man stellte u. a. einen Rippenbruch fest.

+ **Der „Soziale Kursus für Akademiker"**, der in den Tagen vom 8. bis 13. Februar im Hotel Moormann stattfindet, nimmt heute nachmittag 4 Uhr (pünktlich!) seinen Anfang mit einem Vortrag des Herrn Dr. Beusch aus M.-Gladbach über „Wandlungen und Entwicklungstendenzen des deutschen Wirtschaftslebens im 19. Jahrhundert". In einem zweiten Vortrag, der um 9 Uhr beginnt, wird dasselbe Thema weiter ausgeführt und beendet werden. Im Anschluß daran ist dann Gelegenheit geboten, in freier Diskussion den Vortrag nach allen Richtungen hin zu beleuchten. Wir weisen noch besonders darauf hin, daß die Teilnahme am Kursus unentgeltlich ist.

○ **Baumfrevel.** Auf der Glanerbrücker Provinzialstraße (bei Nienberge) ist in der Nacht zum 20. Januar ein junger Obstbaum abgehauen worden, von zwei anderen wurden Äste entfernt. Auf die Ermittelung der Täter hat das Landesbauamt Münster eine Belohnung von 20 Mark ausgesetzt.

○ **Kleine Nachrichten.** Auf der Rothenburg fuhren am Freitagmorgen zwei Rollwagen mit einem Botenfuhrwerk zusammen. Die drei Wagen konnten weder vor noch zurück. Die Straßenbahn mußte einige Zeit halten, bis Passanten und Fuhrleute die Wagen auseinander gesetzt hatten.

+ **Flugzeugmodellsport.** Vor einigen Tagen konnte man auf einem Felde in der Nähe der Aufzalt Marienthal ein Eindecker-Modell seine eleganten Flüge ziehen sehen. Es hatte sich eine kleine Gesellschaft von Schülern zusammengefunden, die das Modell versuchten. Schon die ersten Flüge gelangen vorzüglich; es wurde eine Flugweite von 120 Metern erreicht. Doch kurze Zeit darauf, als das Modell richtig eingestellt war, gelang ein Flug von 180 Metern Weite, der jedoch im nächsten Fluge mit 193 Metern überboten wurde. Dies stellt für Münster einen neuen Rekord dar, der hinter dem bereits früher erwähnten Hamburger — 207 Meter — nur um 14 Meter zurücksteht. Bemerkt sei noch, daß nur 11 Gramm Gummi ohne Zahnradübersetzung angewandt waren. Das Modell ähnelte dem Blériotyp. Der alte Münstersche Rekord von 100 Metern ist beinahe um das Doppelte geschlagen.

Historischer Tageskalender für Münster. 1887. 8. Febr. Eröffnung der Eisenbahnstrecke Münster—Warendorf—Rheda.

§ Fastnacht im Urteile der höchsten Gerichte.

Interessante Entscheidungen darüber, „ob die Stadt die Lösung von Maskenkarten vorschreiben darf", und „was eine Maske ist", werden uns in folgendem gemeldet:

1. Wie die Polizei das Fastnachtstreiben nicht beschränken darf, das zeigt eine Entscheidung des Kammergerichts. Die Polizeiverwaltung zu N. hatte eine Verordnung erlassen, in der sie vorschrieb, daß maskierte Personen, die sich auf der Straße zeigten, im Besitze einer Maskenkarte sein müßten, die für 50 Pfg. bei der Armenverwaltung gelöst werden könne. Das Kammergericht hat die Verordnung für ungiltig erklärt. Der Senat erblickte in ihr eine Maßnahme, durch die versucht werde, eine städtische Luxussteuer durch Polizeiverordnung zu erheben. Eine Steuer könne aber nicht durch Polizeiverordnung festgesetzt werden. Auch sei die Verordnung aus dem Grunde ungiltig, weil sie die Ausübung polizeilicher Funktionen (die Ausfertigung und Verabfolgung der Karten) auf eine andere Behörde (die Armenverwaltung) übertrage. Das sei unzulässig.

2. Was eine Maske ist, das ist nicht so leicht zu beantworten, als es im ersten Augenblick den Anschein hat. Die Frage kann verschieden zu beurteilen sein, wie folgende zwei Entscheidungen höchster Gerichtshöfe zeigen. Wenn eine Lustbarkeitssteuerordnung, wie das in der Regel der Fall ist, Veranstaltungen mit einem besonders hohen Steuersatze belegt, die von Masken besucht werden, so erachtet das Oberverwaltungsgericht die Erhebung dieses Satzes auch dann für gerechtfertigt, wenn die Teilnehmer kein Gesichtslarven trafen, sondern nur „kostümiert" sind. Für den Begriff der Maske i. S. der Lustbarkeitssteuerordnung sei, so heißt es in den Gründen, die Verhüllung des Gesichts durch eine Larve nicht unbedingt erforderlich. Eine fremdartige Kleidung, Kostümierung, reiche aus. — Anders dagegen dürfte nach einer Entscheidung des Kammergerichts der Begriff der Maske i. S. einer Polizeiverordnung aufzufassen sein, die das Maskenwesen auf der Straße regeln wollte. Die Giltigkeit einer solchen Verordnung hängt davon ab, ob sie im ordnungs- und sicherheitspolizeilichen Interesse erlassen ist. (Eine im finanziellen Interesse der Stadt erlassene Verordnung ist ungiltig.) Ist das geschehen, dann ist als „maskierte" Person nicht eine bloß „kostümierte" zu verstehen. Nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch ist, so sagt das Kammergericht, „maskiert" und „kostümiert" keineswegs dasselbe. Und es sei auch nicht einzusehen, weshalb das bloße Kostümieren zur Faschingszeit eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bringen solle. Anders könne es sich wohl bei Personen verhalten, die wegen einer Maske nicht erkennbar seien.

Aus den Provinzen.

= **Sprechstunden des Volksbureaus Münster** am 10. Febr., nachmittags 2½ bis 4¼ Uhr in Nordwalde in der Wirtschaft Bövingloh; nachmittags 5¼ bis 7¼ Uhr in Borghorst in der Wirtschaft Ww. Grautmann.

Stellen für Militär-Anwärter im Bezirk des VII. Armeekorps. Die ausgeschriebenen Stellen sind nur für solche Personen bestimmt, welche den Zivilversorgungsschein besitzen. ● Borbeck (Rheinland), Bürgermeisteramt, Sparkassenassistent, 1800 bis 2700 Mk. Gehalt. ● Bottrop, Amt, Amtsassistent 2. Klasse, 1300 bis 1600 Mk. Gehalt. ● Bottrop, Amt, Kassenassistent 2. Klasse, 1300 bis 1600 Mk. Gehalt. ● Dinslaken, Polizeiverwaltung, Polizeisergeant, 1500 bis 2200 Mk. Gehalt. ● Im Bezirk der Kaiserl. Oberpostdirektion Dortmund, Postanstalt, Postschaffner, 1100 Mk. Anfangsgehalt. ● Im Bezirk der Kaiserl. Oberpostdirektion Dortmund, Landbriefträger, 1100 Mk. Anfangsgehalt. ● Lennep, Polizeiverwaltung, 2 Polizeisergeanten, 1200 bis 2000 Mk. Gehalt. ● Lippspringe, Amtsverwaltung, Verwaltungssekretär, 1200 Mk. Grundgehalt. ● Mengede, Amt, 2 Polizeisergeanten, 1400 bis 2000 Mk. Gehalt. ● Münster i. W., Magistrat, 3 Polizeisergeanten für den Nachtdienst event. später für den Tagesdienst, 1600 bis 2300 Mk. Gehalt. ● Rheinberg, Stadtverwaltung, Verwaltungssekretär, 1500 bis 2100 Mk. Gehalt.

+ **Burgsteinfurt**, 7. Febr. (Auszeichnung.) Der Kreisbaumeister Hübner wurde vom Minister der öffentlichen Arbeiten die Medaille für verdienstvolle Leistungen im Bauwesen verliehen.

⊙ **Burgsteinfurt**, 7. Febr. (Mustergarten für Obst und Gemüse.) Zur Förderung des Obst- und Gemüsebaues hat der Kreistag einen größeren Betrag bewilligt, der zur Anlage eines Mustergartens für Obst und Gemüse dienen soll. Der Garten wird auf dem Gelände, das sich hinter den Gottszkschen Häusern an der Chaussee nach Leer erstreckt, angelegt, wo der Kreis ein 16 Morgen großes Grundstück angekauft hat.

* **Bielefeld**, 6. Febr. (Zulagen für Kinder.) Der Finanzausschuß in Bielefeld hat einen Magistratsantrag angenommenen Arbeitern und Angestellten mit mehr als drei Kindern dauernde Zulagen für jedes dritte und weitere Kind zu zahlen, und zwar in Bielefeld wohnhaften Familien mit weniger als 1400 Mark 30 Mark, und den auswärts wohnenden Arbeitern und Angestellten mit weniger als 1200 Mark Einkommen 20 Mark für jedes in Betracht kommende Kind.

Essen, 7. Febr. **(Eig. Drahtb.)** Das Stadtverordnetenkollegium beschloß heute die Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 34 Millionen Mark für kommunale Bedürfnisse. Der Oberbürgermeister betonte, daß diese Summe das Mindestmaß darstelle was nötig sei; ursprünglich sei eine höhere Anleihe in Aussicht genommen gewesen. Ferner teilte der Oberbürgermeister mit, daß Dr. Hans Goldschmidt, der Mitinhaber der Chemischen Fabrik anläßlich des 25jährigen Geschäftsjubiläums 10 000 Mark zu Erwerbung von Gemälden deutscher Meister für das hiesige Kunst-Museum gestiftet habe. Dann wurden mehrere Spezialetats erledigt. Beim Sparkassenetat teilte die Verwaltung mit, daß die Sparkasse eine günstige Entwicklung genommen habe, wenn auch die Kriegsfurcht zahlreiche Sparer veranlaßt habe, ihre Ersparnisse abzuheben. Nach einer zuverlässigen Zusammenstellung sind im Monat November vorigen Jahres 31 Millionen Mark mehr abgehoben wie eingezahlt worden. Das Gaswerk brachte einen Überschuß von 760 000 Mark; es wurde beschlossen, 450 000 Mark zur Anschaffung neuer Gasentwickelungsmaten zu verwenden. Zum Ankauf von Waffen aus den Freiheitskriegen wurden 5000 Mark bewilligt.

Gerichtszeitung.

Eine eigenartige Zahlungsaufforderung hat das Königliche Amtsgericht in Neumünster erlassen. Die dortigen Gastwirte, die seit dem Jahre 1911 als Zeugen vor Gericht erscheinen mußten und Zeugengebühren liquidierten, wurden nämlich durch besondere Schreiben des Gerichts aufgefordert, diese Zeugengebühren binnen drei Wochen zurückzuzahlen.

Aus Kunst und Leben.

Münster, 7. Februar.

‡ **Der Altertumsverein** hielt Donnerstag abend bei Tüshaus seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Msgr. Schwarz eröffnete die stattlich besuchte Sitzung mit der Mitteilung, daß der Katalog der Bibliothek des Landesmuseums, der bekanntlich auch die Bücherbestände des Altertumsvereins angegliedert sind, erschienen sei. Nach Aufnahme zwölf neuer Mitglieder gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Coesfelder Professors Ludwig Brungert, der stets lebhafte Sympathie für den Verein hatte. Die Versammlung ehrt das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Form. Die Rechnungslage erstattet alsdann Baurat Heitmann. Der Gesamtbestand der Kasse betrug am 30. Juni 1912 3386,50 Mk. Dem Rendanten Rentmeister Humperdinck wird nach Genehmigung kleiner Überschreitungen, die für die historische und die Altertumskommission erforderlich waren, unter dem Ausdrucke des Dankes und unter lebhafter Zustimmung der Versammlung Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wird Msgr. Schwarz durch Zuruf als erster Vorsitzender wiedergewählt. Auch die übrigen Mitglieder des Vorstandes, Professor Meister, Landesrat Kayser, Rentmeister Humperdinck, Oberbibliothekar Dr. Bahlmann, Baurat Ludorff, Geheimrat Erler und Professor Koepp werden wiedergewählt; außerdem wird Museumsdirektor Professor Dr. Geisberg auf Vorschlag des Vorsitzenden als neues Mitglied in den Vorstand aufgenommen.

Den Vortrag des Abends hielt der in den letzten Jahren als eifriger und erfolgreicher Heimatforscher viel hervortretende Oberlehrer Dr. Lappe-Lünen. Sein Hauptgebiet ist die Erforschung der „Wüstungen". Unter solchen versteht man ehemals bewohnte Stätten, vor allem ganze Siedlungen, einzelne Höfe, Klöster, kleinere Weiler, Dörfer, schließlich auch ganze Städte, die aus irgendeinem Grunde, in Kriegs- oder Seuchenzeiten verlassen, oder bei Einpflanzung oder Umpfarrung von Kirchenverbänden in Nachbargemeinden aufgegeben worden sind, mit ihren alten Rechten und ihrer volkstümlichen Bedeutung aber weiter bestanden haben, bis die restlose Separation auch mit diesen letzten Resten einer bedeutsamen alten Kultur aufgeräumt hat. In einem früheren Vortrage hat Lappe bereits die Einpflanzung von Dorfgemeinden in Städte behandelt. Jetzt gab er eine anschauliche, fesselnde Schilderung der verschiedenen Möglichkeiten, aus denen sich die wüsten Kirchen Westfalens erklären lassen. Das reiche Material, das der Redner brachte, wird ein bedeutsamer Beitrag zu dem von der Historischen Kommission in Aussicht genommenen Verzeichnis der Wüstungen Westfalens sein. — Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine interessanten Ausführungen, denen sich eine kurze, sachmännische Auseinandersetzung anschloß, und teilte ferner mit, daß in der Anfang März stattfindenden nächsten Sitzung des Altertumsvereins Provinzialschulrat Dr. Cramer eine neue Deutung des Wurzelnamens für Münster: „Mimigernaford" geben und begründen wird.

An die Generalversammlung fügte auch dieses Jahr wieder der Vorsitzende des Ortsausschusses Münster der Westfälischen Kommission für Heimatschutz, Professor Dr. Meister, einen kurzen, interessanten Tätigkeitsbericht dieses Ausschusses. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß die größten Schwierigkeiten des Vorjahres (Zerstörung der Engelschanze, Verschandelung des Universitätsneubaues) durch das Eingreifen der Heimatschutzkommission glücklich gelöst worden seien. Eine weitere Frage: der Wiederaufbau des Martiniturmes, sei durch den Beschluß des Kirchenvorstandes, die Spitze in der alten Form wieder herzurichten, erledigt worden. Gegenwärtig beschäftigen zwei Gegenstände die Kommission: Die Erhaltung des alten Paulinischen Gymnasiums, eines der schönsten Profanbauten des Jesuitenstils, für die Universität, sowie die Einbeziehung des neuen Paulinums in den Bereich der Universität und Errichtung eines neuen Gymnasiums an anderer Stelle; ferner der Umbau der Mauritzkirche. Die Versammlung und aus ihr heraus besonders Schriftsteller Linhoff, pflichtete den Ausführungen des Kommissionsvorsitzenden Professor Dr. Meister bei, daß das alte Paulinum erhalten bleiben müsse und daß dem Raummangel auf Mauritz am besten durch einen ganz neuen Kirchenbau abgeholfen werde. Das neue Ortsstatut gegen die Verunstaltung der Stadt begrüßte Professor Meister auf das lebhafteste. Er gab dem Wunsche Ausdruck, das Statut möchte in der zweiten Lesung auch noch auf den Naturschutz ausgedehnt werden, auf die Erhaltung schöner Baumgruppen, die heute oft über Nacht verschwänden. — Baurat Mohrmann trat warm für die Wiederherstellung des alten Baumbestandes sowie für die Bepflanzung neuer Plätze mit hübschen Baumgruppen ein, worauf hin Rittmeister v. Landsberg die Mitteilung machen konnte, daß die Stadt am Nordplatz für die prächtige alte Pappel, die fallen mußte, weil sie völlig morsch war, Ersatz schaffen werde.

[Anthropologische, zoologische und botanische Sektion des Provinzialvereins für Wissenschaft und Kunst.] In der Sitzung vom 31. Januar zeigte zunächst Dr. H. Reeker eine Anzahl interessanter Präparate vor, wie zwei hahnenfedrige Jagdfasanhennen und einen isabellfarbigen Jagdfasanhahn (Geschenkgeber Frhr. v. Heereman), einen prächtigen Eulen-Albino. — Dr. Reeker besprach dann die interessanten Versuche von Paul Kammerer über den Grottenolm, jenen merkwürdigen Lurch der unterirdischen Gewässer im Karst. Man nahm bislang an, daß der Olm auch in der Natur Eier lege. Es stellte sich aber heraus, daß das Weibchen bei jeder Temperatur unter 15 Grad zwei lebendige Junge zur Welt bringt; in den Karsthöhlen erreicht die Wassertemperatur nie diese Höhe. Die Haut des Olms ist im Finstern fast ohne Farbstoff und erscheint infolge der Blutgefäße fleischfarben. Im Tageslicht bilden sich beim Olm braune und blauschwarze Farben aus. Diese er

widrigenfalls sie eine Klage zu gewärtigen hätten. Begründet wird diese eigenartige Zahlungsaufforderung damit, daß die Gastwirte die Zeugengebühren zu unrecht empfangen hätten, denn sie hätten keinen Anspruch auf Entschädigung für Zeitverlust im Berufe, besonders, wenn sie nur von der Frau im Geschäft vertreten würden. Die Gastwirte haben beschlossen, der Aufforderung nicht Folge zu leisten, sondern abzuwarten, was das Gericht weiter gegen sie unternehmen würde.

Vermischtes.

* § **Das Handwerker-Erholungsheim in Trarbach** wird in diesem Frühjahr eröffnet. Aus Anlaß des bevorstehenden Regierungs-Jubiläums des Kaisers hat nun eine Anzahl Handwerkskammern beschlossen, Stiftungen ins Leben zu rufen, aus deren Erträgen erholungsbedürftigen Handwerkern ein kostenloser Aufenthalt in dem Erholungsheim gewährt werden soll. Die ersten Stiftungen sind von den Handwerkskammern Koblenz und Saarbrücken bereits beschlossen, und ihren Beispielen folgend beschäftigen sich nun auch andere Handelskammern mit der Schaffung solcher Stiftungen. — Der Bayrische Handwerker- und Gewerbebund beabsichtigt, in Bad Reichenhall sein Erholungsheim zu bauen. Der Magistrat bewilligte hierzu einen Zuschuß von 10 000 Mark. Das Gemeindekollegium ging noch darüber hinaus und will dem Bunde einen bedeutend wertvolleren Bauplatz inmitten des Kurviertels kostenlos zur Verfügung stellen.

* **Das gefährliche Riff.** Paris, 7. Febr. Auf der Reede von Brest, wo die Unterseebootsflottille täglich Übungen abhält, wurde in geringer Tiefe unter dem Meeresspiegel ein Riff von 150 Meter Breite entdeckt. Der Seepräfekt ordnete an, daß die Lage und die Größenverhältnisse dieses gefährlichen Riffs genau festgestellt werden.

* **Der Kampf um den Turm.** Paris, 7. Febr. Der Bürgermeister von Orleans, der radikale Deputierte Rabier hat angeordnet, daß der Glockenturm der St. Peterskirche niedergerissen wird, da dieser seiner Baufälligkeit wegen eine öffentliche Gefahr bildet. Die Katholiken erhoben zwar gegen die Verfügung Einspruch, jedoch wurde bereits mit dem Abbruch des Turmes begonnen.

* **Kirchengut im Walde.** Paris, 7. Febr. In einem Walde bei Reims wurden von einem Straßenaufseher an 60 kostbare Kirchengegenstände, darunter schwer vergoldete Kandelaber und Kreuze gefunden. Man glaubt, daß diese Gegenstände aus einem erst kürzlich verübten Kirchenraub herrühren.

Spionage? Nancy, 7. Febr. **(Drahtb.)** Ein völlig unaufgeklärter Angriff auf die Luftzeugschuppen bei Villere ist diese Nacht verübt worden. Als in der Nacht um die zwölfte Stunde der Doppelposten einige verdächtige Gestalten sah, die auf Anruf nicht stehen blieben, eilte einer der Soldaten zur Polizei, um diese zu alarmieren. Inzwischen wurde der zurückgebliebene Wachtposten überfallen. Er gab einen Alarmschuß ab, erhielt jedoch selber einen Revolverschuß in die Brust. Sein Zustand ist lebensgefährlich. Die Täter sind entkommen. Man vermutet, daß es sich um Spionage handelt.

* **Schweres Automobilunglück.** Aus Warschau wird folgendes berichtet: Gestern fuhr ein Autobus mit 30 Personen von Sluck nach der Bahnstation Staredrogi. Die Holzbrücke über einem zu passierenden Fluß war wahrscheinlich infolge des Regens schadhaft geworden, so daß sie unter der Last des Autos zusammenbrach. Das Auto mit allen Insassen stürzte in den Fluß, der Chauffeur und 14 Personen wurden schwer verletzt mit gebrochenen Gliedern in ein Krankenhaus gebracht. Vier Personen erlitten eine Gehirnerschütterung, die übrigen kamen mit unerheblichen Verletzungen davon.

Die Straßburger Köpenickiade.

Straßburg, 6. Febr. Die Straßburger „Freie Presse" teilt mit: „Als die Truppen auf dem Exerzierplatz standen, kam auf unsere Redaktion der ehemalige Vizefeldwebel und Zahlmeisteraspirant A. J. Wolter zum Genossen Fischer und bat, Extrablätter drucken zu lassen, worin er einen offenen Brief an die Militärbehörde richten wollte, und gleichzeitig mitteilte, daß er eigentlich nach Wilhelmshaven fahren wollte, um dort die deutsche Flotte zu alarmieren. In dem offenen Brief heißt es u. a.: „Da auch darauf (auf seine Beschwerde wegen Entlassung aus dem Heere) nichts veranlaßt worden ist, habe ich die gesamte Garnison Straßburg alarmiert, um einen kleinen Beweis zu erbringen, daß ich noch andere als bloß sachliche Hilfsmittel habe, um meine rechtskräftigen Ansprüche durchzusetzen. Ich ersuche nunmehr um schleunige Herbeiführung der Revisionsbegutachtung meiner Person. Sollte wider Erwarten aber hierauf nichts veranlaßt werden, dann mache ich etwas anderes als bloß einen Alarm. Zum Schluß möchte ich das Gericht der 33. Division noch darauf aufmerksam machen, daß ich zivil gesund erklärt bin; ich gelte also nur nach militärischen Gesetzen als verrückt. Um zu erreichen, daß ich auch von seiten der Militärbehörde für gesund erklärt werde, habe ich die Revision beantragt."

Das Bezeichnende im Falle Wolter ist, wie die „Freie Presse" weiter berichtet, daß diese Alarmdepesche nicht die erste ist. Ende vorigen Jahres machte er schon einen ähnlichen Streich. Damals wollte er nach Berlin zur Untersuchung. Um das zu bewerkstelligen, sandte er sich von Montigny nach Metz eine Depesche folgenden Inhalts: „Herrn A. J. Wolter. Auf alle. Unterschrift." In der ihm dann zugestellten Depesche änderte er Adresse und Text folgendermaßen: „Telegramm aus Berlin nach Metz. Auf allerhöchsten Befehl ist der ehemalige Vizefeldwebel Wolter sofort nach Berlin zu bringen." Dieses Telegramm beförderte er ganz harmlos, mit einer Depeschenbotenmütze bekleidet, an die zuständige Adresse. Am andern Morgen saß er mit einer Ordonnanz in der Bahn nach Berlin. Als er dort angekommen war, stellte sich der Streich natürlich heraus. Man behielt ihn, da er nun einmal in Berlin war, dort und untersuchte ihn, wie er es gewünscht hatte, 6 Wochen. Das Ergebnis war, daß man ihm erklärte, er sei nicht zurechnungsfähig, was er wahrscheinlich nicht bemerkte. Darauf kam er nach Straßburg und machte gestern mit der Alarmdepesche dasselbe Manöver, indem er sich das Telegramm selbst zusandte und dann, wieder mit der Mütze eines Depeschenboten bekleidet, das Formular mit geändertem Text der zuständigen Behörde brachte.

Wir erinnerten dieser Tage schon daran, daß der Kaiser im Jahre 1883 an einem kalten Wintermorgen schon mal plötzlich in Straßburg eintraf und die Garnison alarmieren ließ. Als der Kaiser am Güterbahnhof den Hofzug verließ und zu Fuß zur Hauptwache gehen wollte, rief er den ersten Soldaten, dessen er ansichtig wurde, einen Infanterie-Einjährigen an: „Kennen Sie mich?" „Zu Befehl, Majestät!" erwiderte der Front machende Einjährige. „Dann zeigen Sie mir den Weg zur Hauptwache!" Der Kaiser und die in seinem Gefolge befindlichen hohen Offiziere folgten dem Einjährigen durch die winkligen Straßen der alten Stadt zur Hauptwache am Kleberplatz, wo der Kaiser die gesamte Garnison alarmieren ließ. Es dauerte nur wenige Minuten, bis die Trommler und Hornisten durch die Straßen eilten, in denen sich die Nachricht von der Ankunft des Kaisers wie ein Lauffeuer verbreitet hatte. Bald darauf rückten auch bereits die ersten Regimenter mit klingendem Spiel zu dem im Süden von Straßburg, drei Viertelstunden von der Stadt entfernten Wolfgon, dem Exerzierplatz der Garnison, hinaus, wo der Kaiser die Front der Truppen abritt und einen Vorbeimarsch abnahm. Dann kehrte er mit seinem Gefolge zum Bahnhof zurück und setzte die unterbrochene Reise nach Karlsruhe fort. Für den Einjährigen, der dem Kaiser den Weg zur Hauptwache gezeigt hatte, sollte der ehrenvolle Befehl traurige Folgen haben. Der Mann mußte sich, bereits erhitzt, nachher selbst im Laufschritt zu seiner Kaserne begeben, um rechtzeitig mit ausrücken zu können, und unter der Einwirkung der Kälte zog er sich eine Lungenentzündung zu, der er bald darauf erlag. Der Kaiser, dem von dem Todesfall Kenntnis gegeben worden war, ließ am Grabe des Soldaten einen prachtvollen Kranz niederlegen.

np. **Kaiser-Mystifikationen.**

Der Streich eines Narren, der ganz Straßburg auf den Kopf stellte, reiht sich würdig den Fällen an, in denen es Einfältigen oder Durchtriebenen gelang, Personen irrezuführen, bei denen weise Vorsicht und Menschenkenntnis einen Teil ihrer amtlichen Tugenden ausmachen sollten. Es braucht hier nur an den Hauptmann von Köpenick erinnert zu werden, um zu zeigen, wie ein Schelm die Schwächen der menschlichen Psyche sicher zu erfassen vermag. Je akkurater im allgemeinen die Organisation eines öffentlichen Betriebes funktioniert, je disziplinierter bestimmte Bevölkerungsschichten sind, um so eher wird naturgemäß der Verschlagenheit gelingen, ehrlichen Leuten einen Schabernack zu spielen. Diente in dem Straßburger Falle die Person des Kaisers nur als Mittel zum Zweck, so ist andererseits der Monarch selbst schon wiederholt Mystifikationen zum Opfer gefallen. Es sei hier nur daran erinnert, wie im Sommer 1910 der erste Zeppelin in Berlin erscheinen sollte und durch eine falsche Zeitungsmeldung angekündigt wurde. Nicht nur ganz Berlin erwartete damals auf dem Tempelhofer Felde den seltenen Gast, auch Kaiser Wilhelm und der gesamte Hof hatten sich mit dem Spitzen der militärischen Behörden eingefunden, um den Grafen Zeppelin zu begrüßen. Wer nicht erschien, war Zeppelin. Das Berliner Tageblatt, das die Nachricht verbreitet hatte, war einer Mystifikation zum Opfer gefallen, denn Zeppelin hat eingestandenermaßen zu jener Zeit niemals die Absicht gehabt, nach Berlin zu kommen. Noch an einen anderen Fall sei hier erinnert, in dem der Kaiser persönlich durch einen schlechten Scherz in Mitleidenschaft gezogen wurde. Vor einer Reihe von Jahren hatte der Kaiser in einer großen rheinischen Industriestadt seinen Besuch ankündigen lassen. Zum Empfange des Monarchen wurden großartige Vorbereitungen getroffen; auf dem Bahnhofe und in den Straßen der Stadt wurden Ehrenpforten errichtet, und alles war so wundervoll hergerichtet, daß es ein Genuß für das Auge war. Sämtliche Militär- und Zivilbehörden hatten sich zum Empfange eingefunden, Ehrenjungfrauen standen in Reih und Glied mit duftenden Sträußen, und selbst die Herren im Frack hatten es nicht verschmäht, eine Blume in das Knopfloch zu stecken. Der Hofzug hält, der Kaiser entsteigt dem Salonwagen, aber während er noch eben heiter zu lächeln schien, verdüsterte sich plötzlich sein Blick. Wohin er sah, überall erblickte er nur rote Nelken: in den Knopflöchern der befrackten Herren, in den Sträußen der Ehrenjungfrauen, in den Dekorationen des Bahnhofes. Äußerst indigniert gab der Kaiser seinem Befremden darüber Ausdruck, daß man gerade das ihm verhaßte Symbol der Sozialdemokratie zu seinem Empfange ausgewählt hatte, und er fragte, ob er zum Besuche einer kaisertreuen Stadt oder zu einer sozialdemokratischen Demonstration erscheine. Zunächst allgemeine Betretenheit, dann schüchternes Geständnis, daß „troendwer" die Parole ausgegeben habe, den Kaiser mit roten Nelken zu empfangen. Der Kaiser liebe diese Blumen über alles und man könnte ihm keine größere Freude bereiten, als wenn man ihm diese Blume in möglichst großer Menge zum Gruße entbiete. Nun, es war nicht schwer, den vorurteilsfreien Monarchen von der Harmlosigkeit dieser Demonstration zu überzeugen, aber eine rechte Feststimmung mochte nicht mehr aufkommen. Wer aber der „irgendwer" gewesen war, der dem Kaiser die Vorliebe für rote Nelken angedichtet hatte, ist niemals völlig aufgeklärt worden, wenn auch die Vermutung, welche Kreise dem schlechten Scherz nahestanden, eine ziemlich allgemeine war.

Luftschiffahrt.

Zwei Flieger in die Ostsee gestürzt und ertrunken. Danzig, 7. Febr. **(Drahtb.)** Kapitänleutnant Jenetzky und Obermaschinistenmaat Diekmann, die heute vormittag 10 Uhr von Putzig mit dem Flugzeug „Westpreußen" zu einem Überlandflug nach Stolp aufgestiegen waren, mußten wegen widriger Winde bei Neustadt umkehren und in Danzig landen. Sie stiegen um 4 Uhr zur Rückfahrt nach Putzig über dem Meere auf. Bei Zoppot brach plötzlich ein Flügel des Flugzeuges, das in die Ostsee stürzte. Beide Flieger fanden den Tod in den Wellen. Das Flugzeug wurde noch nicht geborgen.

Kapitänleutnant Jenetzky war seit April 1912 zur Marineflugstation Putzig kommandiert. Der Absturz erfolgte aus 150 Meter Höhe. Der Apparat wurde vollständig zertrümmert. Die Leichen sind noch nicht gefunden.

Eine Höhendauerfahrt des „P. L. 8". Bitterfeld, 7. Febr. **(Drahtb.)** Das neuerbaute Luftschiff „P. L. 8" ist heute nachmittag gegen 5½ Uhr nach 12stündiger Dauerhöhenfahrt gelandet. Das Luftschiff, das zeitweise mit einem Gegenwind von 18 Sekundenmetern zu kämpfen hatte, fuhr bis zum Harz. Die Luftschiffgesellschaft teilt mit, daß es alle seitens der preußischen Militärbehörde gestellten Bedingungen erfülle.

Letzte Nachrichten.

Der Deckungsvorschlag des Grafen v. Schwerin-Löwitz.

⊡ **Berlin**, 7. Febr. **(Eig. Drahtb.)** Der Vorschlag des Grafen v. Schwerin-Löwitz, die durch die kommende Heeresvorlage entstehenden Ausgaben durch Übertragung der Stempelabgaben für das Reich zu decken, ein Gedanke, der durch die sehr lebhafte Befürwortung im Berliner Lokalanzeiger einen gewissen offiziösen Charakter erhalten hat, ist allgemein als die kommende Deckungsvorlage oder doch wenigstens als ein Teil der Deckungsvorlage aufgefaßt worden. Man neigte auch vielfach aus erklärlichen Gründen der Ansicht zu, daß die konservative Fraktion ihm nahestehe. Das ist aber nach unseren Informationen nicht der Fall. Wenn konservative Abgeordnete mit dem Grafen v. Schwerin-Löwitz in dem Vorschlage übereingestimmt haben, so dürfte es sich höchstens um einen geringen Teil dieser Fraktion handeln. Man hegt in der konservativen Fraktion sehr starke Bedenken gegen diesen Vorschlag, und Graf v. Schwerin-Löwitz dürfte, wie das schon häufiger der Fall gewesen ist, eine Anregung gegeben haben, die gewiß beachtenswert ist, die aber nicht in Übereinstimmung mit der konservativen Partei oder Fraktion erfolgt ist. Dieser Eindruck wird verstärkt durch einen Artikel, den heute abend die konservative Deutsche Tageszeitung zu dieser Frage veröffentlicht. In diesem Artikel heißt es: „Wir haben schon gesagt, daß es uns sehr fraglich scheine, ob Einzelstaaten mit einem derartigen Tausche (Stempelsteuer, Zuwachssteuer, Reichserbschaftssteuer) zufrieden sein können; aber darüber hinaus müssen noch viel stärkere Bedenken geäußert werden. Der Ertrag der Stempelsteuer würde nicht genügen, um die Kosten der Heeresverstärkung und die sonstigen Mehrbedürfnisse des Reiches zu decken. Das Reich würde also dazu übergehen müssen, teils die bestehenden Stempelsteuern zu erhöhen, teils neue zu schaffen. Wer dabei besonders bluten müßte, das läßt sich ohne weiteres aus der jetzigen Zusammensetzung des Reichstages erkennen. Es würde ein gewagtes Stück sein, den Ausbau der Stempelsteuer dem Reiche zu überlassen. Andererseits würde in den Einzelstaaten die überwiesene Reichserbschaftssteuer durchaus nicht ausreichen, um einen vollwertigen Ersatz für die Stempelsteuer zu bieten. Man würde sonach in den Einzelstaaten darauf ausgehen müssen, die Erträge der Erbschaftssteuer zu erhöhen, und zwar entweder durch stärkere Belastung der jetzt schon der Steuer unterworfenen oder durch Erweiterung dieses Kreises. Wie hebenklich das sein würde, bedarf keiner besonderen Hervorhebung. Im übrigen ist es unrichtig, wenn man diesen Gedanken den Agrariern und den Konservativen zuschreibt. Wir haben bereits angedeutet, daß er an einigen maßgebenden Stellen gehegt worden ist. Wenn Graf Schwerin-Löwitz von ihm Mitteilung machte, so hat er das jedenfalls nur referierend getan. Die Konservativen im Reichstage, die doch zunächst in Betracht kommen würden, haben sich mit der Angelegenheit überhaupt noch nicht befaßt, und es werden in den Kreisen der konservativen Partei die Bedenken gehegt, die wir kurz angedeutet haben."

Berlin, 7. Febr. **(Drahtb.)** Die „Nordd. Allg. Zeitung" schreibt: Im Laufe der letzten Wochen sind mehrfach in der Presse, anscheinend aus hiesigen Korrespondenzen stammende Aufsätze erschienen, die sich teils mit besonderen, die Reichsschatzverwaltung berührenden Fragen (Besitzsteuer, Stempelsteuer, Leuchtölgesetz, Veteranenbeihilfe u. a.), teils allgemein mit den Finanzen des Reiches und den Finanzplänen der Reichsleitung für die nächste Zukunft beschäftigen. Um Mißverständnissen vorzubeugen, ist festzustellen, daß kein Aufsatz amtlichen Ursprungs ist.

⊡ **Mecklenburg**, 7. Febr. **(Eig. Drahtb.)** Wie die „Landeszeitung für beide Mecklenburg" aus guter Quelle erfahren haben will, beträgt die Höhe der Forderungen für die neue Wehrvorlage 116 Millionen Mark.

Berlin, 7. Febr. **(Drahtb.)** Der Regent von Braunschweig, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin und Gemahlin sind heute vormittag auf dem Bahnhof Friedrichstraße eingetroffen.

Haag, 6. Febr. Die Königin ist heute abend nach dem Taunus abgereist. Sie beabsichtigt am Montag zurückzukehren.

Rom, 7. Febr. **(Drahtb.)** Die Wahl des Exministers Nasi, der vom obersten Gerichtshof verurteilt, von seinen Wählern in Trapani aber in 15 Wahlgängen immer wieder in die Kammer gewählt worden war, war bis jetzt auf Grund der gerichtlichen Verurteilung stets für ungültig erklärt worden. Heute erschien Nasi in der Kammer, da die Frist, während der ihm die Bekleidung öffentlicher Ämter verboten worden war, abgelaufen ist, und leistete den Eid. Die Wahl Nasis ist von der Wahlprüfungskommission der Kammer noch nicht für gültig erklärt worden.

Paris, 7. Febr. **(Drahtb.)** Anläßlich der kürzlich verbreiteten Meldung, daß England in der Internationalisierung Tangers Sonderbestrebungen zum Nachteile Frankreichs verfolge, wird in einer offiziösen Meldung erklärt, daß die Meinungsverschiedenheiten, welche wegen des Gemeindestatuts von Tanger zwischen England und Frankreich aufgetaucht waren, nunmehr beigelegt seien. So haben sich die beiden Regierungen sowohl über die Stellung des Vertreters des Sultans in dem internationalen Überwachungsausschusse wie auch für die Zusammensetzung der Wahlkörper geeinigt, welche den Gemeinderat von Tanger zu wählen haben werden. Die gemischte französisch-spanisch-englische Kommission, die das Gemeindestatut von Tanger festsetzen soll, wird demnächst in Madrid von neuem zusammentreten und zweifellos rasch zu einem alle Teile befriedigenden Ergebnisse gelangen.

Paris, 7. Febr. **(Drahtb.)** Einer Meldung der „Agence Stefani" zufolge, hat die französische Regierung beschlossen, die französische Post in Tripolis aufzugeben.

Paris, 7. Febr. Die französische Gesandtschaft in Tanger wurde aufgehoben und durch eine Agentur des Generalkonsulates ersetzt.

Krylhopol (Podolien), 6. Febr. Zwischen den Ortschaften Rudniza und Kodyme sind drei Spione verhaftet worden. Sie sind in das Gefängnis nach Balta gebracht worden. Sie weigern sich, ihre Namen zu nennen.

London, 6. Febr. Die englische Regierung hat das Gesuch der Marconi-Gesellschaft, von der Ausführung des Kontrakts zur Errichtung drahtloser Stationen entbunden zu werden, abgelehnt.

Handel und Industrie.

Telegraphischer Kursbericht der Berliner Börse.

Tendenz. Die gleichen Beweggründe, die für den festen Grundton der Börse in den letzten Tagen wirksam waren, herrschten in der Hauptsache auch heute, das Geschäft blieb aber, von einer Bewegung in einigen Spezialwerten abgesehen, still. Dementsprechend waren auch besondere Kursveränderungen im allgemeinen nicht festzustellen. Recht lebhaft ging es anfangs am Markte der von Wien abhängigen Werte her; hier wurden Lombarden auf Wiener Anregung 0,75 Prozent in die Höhe gesetzt; wofür als tatsächlichem Grund wieder auf die Ablösung der italienischen Annullität verwiesen wurde. Daneben setzten Orientbahn-Aktien ihre Aufwärtsbewegung in kräftigem Tempo fort; sie gewannen über 3 Prozent, doch wurden später die gestiegenen Kurse auch zu Realisierungen benutzt. Am Montanmarkte waren Laurahütte heute das Favoritpapier, sie überschritten den Kurs von 180. Neben der bekanntlich sehr günstigen Lage der oberschlesischen Montanindustrie wurden dafür auch sehr günstige Dividendenerwartungen ins Feld geführt. Von Schiffahrts-Aktien wurden Hansa bei allerdings geringen Schwankungen lebhafter gehandelt; die Spekulation rechnet nun doch damit, daß die Dividende 20 Prozent betragen wird. In Kanada fanden Rückkäufe statt, die den Kurs um 1,50 Prozent hoben. Recht still ging es am Bankenmarkte her, wo natürlich die Aufnahme der Breslauer Diskonto-Bank durch die Darmstädter Bank lebhaft erörtert wurde. Die Geschäftsstille veranlaßte später Realisationen, wodurch verschiedentlich leichte Kursrückgänge herbeigeführt wurden. Der Grundton blieb aber fest. Geld war am offenen Markte etwas leichter: 5—4,50 Prozent.

Der Verkehr schleppte sich in der 2. Börsenstunde träge dahin, doch bewirkte das Bekanntwerden der Äußerungen von autoritativer Seite über die deutsch-englischen Beziehungen in der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages eine Befestigung, die bei stillem Geschäft auch in der 3. Börsenstunde anhielt. Der Kassamarkt der Industriepapiere war still bei Bevorzugung von Jute-Spinnerei-Aktien. Die wenigen Veränderungen hielten sich nach beiden Seiten in engen Grenzen.

Produktenbörse.

Tendenz. Bei ruhigem Geschäft verkehrte der Getreidemarkt für Brotgetreide und Hafer zu unveränderten Preisen; die wesentlich höheren ausländischen Notizen wurden durch ein sehr großes Inlandsangebot und durch die umfangreichen argentinischen Verschiffungen paralysiert. Mais und Rüböl lagen träge. Wetter trübe.

Hauptredakteur: Rudolf Striethorst. Verantwortlich für Politik: Dr. P. Dückers; für den übrigen Teil Paul Koene; für die Reklamen und Inserate A. Busch, sämtlich in Münster. — Druck und Verlag der Aschendorffschen Buchhandlung in Münster.

‡ **Schneidermeister und Tuchversand an Private.** Der „Westdeutsche Schneider-Innungs-Verband" schreibt uns hierzu: Die Lieferung des Anzugsstoffes bildet schon seit langem ein Gegenstand des Kampfes zwischen den Schneidermeistern und den sog. Tuchfabriken und Niederlagen, die ihre Stoffe in allen möglichen Tonarten durch teure Reklame an Private anpreisen, und ganz besonders auf die großen Ersparnisse, die durch direkten Einkauf bei ihnen für das kaufende Publikum entstehe, hinweisen. Es ist dieses alles nichts weiter, als dem kaufenden Publikum Sand in die Augen gestreut. Wie verhält sich denn die Sache in Wirklichkeit? Diese angeblich so billig angebotenen Waren sind in den meisten Fällen Schund, die den Namen Tuche (die aus reiner Wolle hergestellt sind) nicht verdienen, und die Anfertigungskosten noch kaum lohnen. Sie werden aus Baumwolle und aus Kunstwolle (hergestellt aus alten Lumpen) gemacht, und durchweg viel zu teuer bezahlt. In der Regel kauft ein Kunde nur einmal, da er dann genügend hereingefallen ist. Die großen, angesehenen Tuchfabriken und Versandgeschäfte, die an Schneidermeister ihre Waren verkaufen, führen nur solche Waren, die jeden Kunden voll und ganz befriedigen. Will man daher einen guten und preiswerten Anzug oder sonstiges Kleidungsstück haben, so wende man sich an einen tüchtigen Schneidermeister, selbige sind heute alle in der Lage, das beste und neueste auf diesem Gebiete am Lager oder in Mustern vorlegen zu können. Die so teueren Reklamespesen, die obige, an jedermann versendende Geschäfte aufwenden müssen, um Käufer zu finden, betragen jedenfalls mehr, wie das Verdienst, was der Schneider bei Lieferung des Stoffes beansprucht, und hat man dabei noch den Vorteil des fachmännischen Rates, den der Schneider gerne seiner Kundschaft zur Verfügung stellt.

Den Hausfrauen zur Aufklärung!

Wenn Ihnen Ihr Lieferant an Stelle des echten Liebig's Fleisch-Extrakts ein billigeres „Ersatzmittel" anbietet, so denken Sie daran, dass es nicht auf den Einkaufspreis, sondern auf den Gebrauchswert ankommt! „Liebig" hat nicht den billigsten Einkaufspreis, wohl aber den höchsten Nutzwert. Seine Eigenschaft, auch Speisen an weniger kostspieligen Zutaten schmackhaft und bekömmlich zu machen, stempelt ihn zu einem Küchensparmittel ersten Ranges. Vergessen Sie nicht ausdrücklich zu fordern:

Liebig's Fleisch-Extrakt.

In unser Handelsregister A ist heute die Firma Hubert Leop. Schmitz zu Haltern und als deren Inhaber der Kaufmann Hubert Leopold Schmitz zu Haltern eingetragen.
Haltern, den 1. Febr. 1913.
Königl. Amtsgericht.

Neubau
des Geschäftsgebäudes der Oberzolldirektion in Münster i. Westf.
Öffentliche Verdingung der Zimmerarbeiten (rd. 8800 Mtr. Dachverband in rd. 300 Kbm. Bauholz). Verdingungsunterlagen ohne Zeichnungen kosten 8,00 Mark. Zeichnungen liegen im Neubaubureau zur Einsicht aus.
Versiegelte und mit entsprechender Aufschrift zu versehende Angebote sind bis zum Eröffnungstermin am
Donnerstag, 13. Febr. ds. Js., vormittags 11 Uhr,
an das Neubaubureau Mauritzpostplatz 13 postgebührenfrei einzureichen.
Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Die Neubauverwaltung der Oberzolldirektion in Münster.

Klavier,
sehr gut erhalten, für 350 Mk. zu verkaufen. Näh. Geschäftsst.

Garten zu Bauplätzen
in der Adelheidstraße zu verkaufen.
Offert. u. B 766 an A. Rolef, Markt 97.

Holz-Verkauf.
Mittwoch, den 12. Februar, 10 Uhr, in Emsdetten, Ausg. n. Borghorst, ca. 30 gr. Ulmen. Freitag, den 14. Februar, 11 Uhr, in Ochtrup, Benthelmer Chaussee: Eschen, Ulmen, Linden, Nutz- u. Brennholz.
Außerdem sind noch ca. 70 Ktr. Erdweiden abzugeb., wofür Angebote erbittet
Burgsteinfurt, 6. Febr. 1913.
Der Kreisbaumeister: Hübner.

Großer Schweine-, Rindvieh- u. Pferde-Verkauf.
In freiw. Auftrage werde ich am Mittwoch, den 12. Februar 1913, vorm. 10 Uhr, auf Meys Bülten bei Coesfeld:
ca. 15 Stück hochtr. Schweine, 50—60 Stck. kleine u. größere Ferkel,
2 tragende Kühe (6jährig),
1 frischmilchgebendes Rind,
1 Mutterfohlen (1½jährig),
1 Wallach (1½jährig),
1 belg. Stutfohlen (½ Jahr alt)
gegen Kredit und Bürgschaft verkaufen.
Der Verkauf wird 12 Uhr an der Wirtschaft des Hrn. Bernh. Berning, Süringstraße, fortgesetzt.
Alexander Schöning
vereid. Aukt., Coesfeld i. W.

Großer Holzverkauf.
Am Donnerstag, den 20. Februar d. Js., vorm. ½10 Uhr, werden in den Freiherrlich von Twickelschen Forsten des Gutes Conerding zu Laugenhorst, Gemeinde Beerlage:
12 Eichen-Abschnitte, 19,95 Fmtr., zu Brettern und Pfostholz,
98 Eichen, 34,00 Fmtr., zu Bau- u. Stellmacherholz,
6 Buchen-Abschnitte, 5,60 Fmtr., zu Brettern,
18 Lärchen, 112 Fichten, zu leichtem Bauholz,
451 Eichenstangen 1.—3. Kl., zu Deichseln und Pfahlholz,
1307 Eichenstangen, zu Pfahlholz und Schleifern,
27 Lärchenstangen 1. Klasse,
1250 Fichtenstangen 4.—7. Kl.,
263 Fichtenstangen 1.—3. Kl.,
7 Rmtr. Eichenknüppel,
284 Buchen- u. Birkenstang., zu Brennholz,
80 Rmtr. Buchenscheit und
1 Partie Reiserholz
meistbietend verkauft.
Anfang im „Rotberg" beim Pächter Jasper an der Billerbeck-Beerlager Chaussee.
Billerbeck, 5. Februar 1913.
Der Rentmeister: Witte.

Zwangsverkauf.
Montag, den 10. Februar, mittags 12 Uhr versteigere ich in Burgsteinfurt
1 Grammophon „Imperator" mit 40 Doppelplatten (Anschaffungspreis 650 M) öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.
Versammlung der Kaufliebhaber im Gasthof zur Post (Anton Kies).
Beldmann, Gerichtsvollzieher in Burgsteinfurt.

Gold. Ring gefunden
Kronprinzenstraße.
Abzuholen Südstraße 86, I.

Baumfrevel!
Zwischen Kmtr. 3,4 und 3,5 links der Münster-Glanerbrücker Provinzialstraße (bei Nienberge) ist in der Nacht vom 19. bis 20. Januar ein junger Apfelbaum abgeschnitten. An zwei Bäumen sind Äste abgehauen.
Auf beweisende Anzeige wird eine Belohnung von 20 Mark ausgesetzt.
Landesbauamt Münster.

Hund, Kriegshund,
zugelaufen.
Näheres Schillerstraße Nr. 149.

Kinder-Badewanne, gebraucht, zu kaufen ges. Off. unt. E F 588 an die Gesch.

Mk. 6000 an 2. Stelle
zu verleihen. Offerten unter F G 587 an die Geschäftsstelle.

Fünf neue Weinkisten (für 50 Fl.) ein gebrauchter Gasherd m. Tisch zu verk. Gertrudenstr. 41.

15000 Pfund
Roggenstroh
abzugeben à Zentner 2.00 Mk
Honermann, Sappenrade.
Franko Lieferung Olfen, Selm, Lüdinghausen.

Montag abend geg. 6 Uhr
Nerzpelz
verloren
von Ludgeristraße über Hammerstraße, Dahlweg. Gegen hohe Belohnung abzugeben. Augustastr. 26 I.

Älteres, gutgehendes
Möbel-Magazin
in zukunftsreicher Stadt, nahe Hamm, ist wegen anderw. itigen Unternehmens zu verpachten, evtl. auch mit Grundstück zu verkaufen. Industrie- und Zechenbetrieb, daher als Absatzgeschäft mit Hinnahme einschlägiger Artikel passend.
Offerten unt. Chiff. D E 8449 an die Geschäftsstelle. 28c

Guterhaltener Brennaber-Kinderwagen billig zu verkaufen. Bohlweg 55, II. Etg.

Nähmaschine
für Mk. 30.— mit 5 Jahre Garantie zu verkaufen. Näh. Gesch.

Handtasche, a. Goldperlen verarb., Dienstag abend verl. Ludgeristr. 26—27.

Eine größere Partie gebrauchte aber noch gut erhaltene
Kommunion-Mäntelchen
sind billig abzugeben; per Stück Mk. 2,50. Näh. bei
H. Mensing,
t25 Gelcher.

Guterhalt. feiner Anzug
zu kaufgesucht. Mittl. Fig. 18—20 J. Off. u. S T 598 an die Gesch.

Kl. Vogelbauer
(guterh.) zu kaufen ges. Angeb. mit kurz. Ang. u. Preis unter „Roller" an die Gesch. erbeten.

Autofahrten
werden zu jeder Zeit gewissenhaft und prompt ausgeführt.
Man rufe nur Telephon 314 oder 610 an.

Dauerbrenner, wie neu, billig zu verkaufen. Näheres Hammerstraße 154 I, links. m29

Leitspindeldrehbank,
sehr gut erhalten, Drehlänge 2800 Millimeter, Spitzenhöhe 270, in der Köpfung 420, mit sämtl. Zubehör wegen Aufgabe des Geschäfts billig zu verkauf. Wo, sagt die Geschäftsstelle.

Es wird ein Herr oder eine Dame, die die franz. Sprache beherrschen, zur Erteilung von Unterricht gesucht. Off. unt W W 580 an die Geschäftsst.

Für ein Internat (berecht. Progymn. und Realschule) auf sofort ein
Altphilologe
(kath.) mit beendigtem Seminar- und Probejahr gesucht.
Meldungen ohne Zeugnisse unter P R 3116 an die Gesch.

Eine gutgehende
Klempnerei und Installations-Geschäft,
verbunden mit Eisenwaren, in dem sehr aufblühenden Industrieort Emsdetten ist von mir bei denkbar günstigsten Bedingungen und kleiner Anzahlung sofort unterhändig zu kaufen.
Wilhelm Bäumer
vereid. Aukt.
Coesfeld i. W.

Hellbrauner eingetr. 8jähriger Hannoveraner
Wallach,
1,74 groß, ruhiges, fed. schnelles schönes Pferd ohne Untugend, geritten und zuverlässig im Geschirr, wegen Aufgabe des Stalles
preiswert verkäuflich.
Näheres Breul 16a.

Verkaufe
räumungshalber zwei fast neue Ladenreale u. zwei Theken mit Marmorplatte sehr billig.
Geth. Stumpe, Telgte i. W.

Oberförsterei Palsterkamp.
Holzverkauf
am 13. Februar 1913, vormittags 10 Uhr, in der Wirtschaft Oelkers in Iburg aus den Forstorten Schleppenburger-Plaggenmatt, Linstter, Alterskreden, Tehne, Thiergarten, Grafenkundern und Oesederberg etwa:
Eichen: 4 rm Knüppel, 15 rm Reiser II. Kl.
Buchen: 420 rm Scheit-, Knorr- und Knüppelholz, 1500 rm Reiser II. Kl.
Birken: 10 rm Holzschuhholz, 10 rm Knüppel pp.
Fichten: 20 fm Bauholz, 50 rm Reiser II. Kl.
Kiefern: 2 rm Knüppel.

Nordd. Lloyd Bremen
Schnelle und Postdampferverbindungen nach allen Weltteilen von
Bremen
nach
New York + Baltimore Philadelphia Galveston
Kanada + Cuba Pacific + La Plata Genua + New York
Bremen + Ostasien Bremen + Australien
Mittelmeer + Orient
Nordbrasilien + Orient
Reisescheck Weltkreditbriefe
Nähere Auskunft und Fahrscheinausfertigung bei
Norddeutscher Lloyd Bremen
und seine Vertretungen
In Münster: H. Coenen, Königstr. 8.

Herrenrad f. 49 M. mit 1 J. Garantie zu verk. Näh. Gesch.

Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaft in Lübeck.

Gegründet 1828.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß wir für den Regierungsbezirk Münster eine Subdirektion errichtet und solche

Herrn Ludwig Knaff

Münster i. W., Marienthalstraße 42 (Telephon 1780)

übertragen haben.

Herr Knaff ist bereit, Auskünfte an Versicherungssuchende zu erteilen und Versicherungs-Anträge entgegen zu nehmen.

Der Vorstand.

Ganz unter Preis!

Restposten, Einzelpaare,
Modelle, Reisemuster

Gelegenheits-Käufe.

Ein Posten	**Morgenschuhe** (Schlappen) . .	jedes Paar	**0.20**
Ein Posten	**Damen-Pantoffeln** mit Fleck zum Aussuchen	jedes Paar	**0.75**
Ein Posten	**Herren-Gummischuhe** . .	jedes Paar	**1.50**
Ein Restposten	**Damen- und Herren-Leder-Hausschuhe**	1.50 2.00	2.50
Ein Posten	**Damen-Boxcalf-Stiefel** Grösse 36, 37 und 38	jedes Paar	**3.50**
Ein Posten	**Damen-Chevreaux-Knopfstiefel** feinste Qualitäten Gr. 36, 37 u. 38	jedes Paar	**4.50**
Ein Posten	**Damen-Lack-Derbyhalbschuhe**	jedes Paar	**5.75**
Ein Posten	**Herren-Sonntags-Stiefel** mit und ohne Lackkappe	jedes Paar	**5.75**

Nur solange der Vorrat reicht.

Schuhhaus Marcus.



Schlachtpferde
werden zu höchsten Preisen angekauft.
Franz Schlebusch.
Pferdemetzgerei,
Münster i.W., Sonnenstraße.
Telephon Nr. 1017.
Postkarte genügt.

Rheinländer

aus besseren Kreisen, die Interesse an der Gründung eines Klubs haben, werden um Angabe ihrer Andresse gebeten.

Offerten unter Nr. **6119** an Ann.-Exped. **E. Pendel** Ludgeristraße 12 erbeten.

Weg. Auflös. des Haushalts hu verk. groß. eich. Küchenschr., Plüschgarn. (rot), prachtvoll. n. Herd (Küppersb.), Waschmasch. u. a. m. Wolbeckerstr. 76, II.

Wer erteilt billig Lateinunterricht, mögl. auch während der Osterferien? Off. mit Pr. unter **B B 602** an die Gesch.

Gebr. Sitz- u. Liegewagen m. Gummireifen zu kaufen gesucht. Off. m. Pr. u. **C C 603** Gesch.

Gold. Medaillon mit Photogr. von Salzstraße, Promenade bis Warendorfe. str. verloren. Geg. Belohn. abzugeb. Salzstr. 25.

Kleiner **Zwergpinscher**, glatt, schwarz mit braun, zu verkaufen. **Sueß, Schulstraße 3.**

Bauplatz für Einfamilienhaus mit kl. Vor- u. Hintergarten in bester Lage Münsters, Zumsandestr. gelegen, zu verkaufen. Off. u. **S 259** an d. Gesch.

2 Rolladen mit Rahmen,
2.95 Meter breit und 3.45 Meter hoch, zu verkaufen
J. Wurm, Ludgeristraße 24.

2 Meter
woll. Blusen- u. Kleiderstoffe kosten jetzt nur Mk. 1.10, schwarze und weiße reinw. Kommunionstoffe Meter Mk. 1.45, 1 Posten Korsetts 95 Pfg., große schw. Aufnehmer 3 Stück 85 Pfg., alles andere zu und unter Einkauf wegen gänzl. Ausverkaufs. Bitte mein Schaufenster zu beachten.
Spiekerhof 9. Spiekerhof 9.

Priv.-Lehr-Institut Bad Meinberg b. Detmold

unterstellt dem
Protektorate des Hochw. Herrn Bischofs von Paderborn.
Für die oberen Gymn.-Klassen mit Realabteilung (ab U III) u. das Abitur. Wichtig für zurückgebl. Schüler, ältere akad. Berufe u. ält. Priesteramtskandidaten. Kleine Schülerzahl, 7 akad. Lehrer. **Erfolge 1912:** 1 Abit., 2 O I, 3 U I, 8 O II bezw. Einjähr., 6 U II, 2 O III. Prächtige Lage, eigene Anstaltskapelle. Individuelle Erziehung. Prosp. u. Auskunft durch den geistlichen **Direktor A. Mahr.**

Alteingeführte
Kornbranntweinbrennerei

(Dickmaischbetrieb) mit Mühle, in vorzüglicher Lage des Industriegebietes, ist sofort zu verpachten oder auch zu verkaufen.
Frau Rud. Bickern, Bochum, Dorstenerstr 225.

Vorzüglicher
Tilsiter Käse
eingetroffen. Pfund **92** Pfg.
Heinr. Hill.

Louis Espagne
Papier- und Schreibwaren-Handlung
Münster i. W., Ludgeristr. 94
Stets Eingang von Neuheiten in Genre-Postkarten
Ansichtskarten von Münster.

Plüss-Staufer-Kitt
klebt, leimt, kittet Alles!

Weinrestaurant
Hôtel zum König von England
(vorm. **Gerbaulet**).

Tafelmusik

Sonntag, den 9. Februar d. Js., von 7½ Uhr abends an.
Soupers à Mk. 3,— u. Mk. 4.—.

Lichtspielhaus

Münster i. W.
Salzstr. 25. Salzstr. 25.

Ab heute
Film de Art.

Theodora

Grosses historisch. Schauspiel in 3 Akten
Spieldauer 1 Stunde.

Das bekannte historische Drama Sanious, berühmt durch seine effektvolle Szenenführung und seine glänzende Beherrschung der Bühnenmittel, ist in dem vorliegenden Film nachgebildet. Und der Film übertrifft in mancher Beziehung das Theater. Die schnelle Verwandlungsfähigkeit der Szene, die Tiefe des Bühnenbildes, die Wucht und der Umfang der Massenszenen, die grade in diesem Drama eine so grosse Rolle spielen, lassen sich auf der Bühne kaum so glänzend erreichen, wie es hier im Film geschehen ist.

Andrys Liebe.
Dramatischer Roman aus dem polnisch-russischen Aufstande.

Der lachende Dritte.
Grosse amerikanische Komödie.

Pathé Journal.
Neuestes aus aller Welt.

Ulk im Film.
Witz-Journal.

Extra-Einlagen.

Katasteramtliche Vermessungen.
Meliorations- u. tiefbautechnische Projekte.
Technisches Büro, Münster i. W., Brockhoffstr. 20
TH. DIETRICH,
Kulturingenieur und vereid. Landmesser.

Sprechmaschinen.
Platten.
Nähmaschinen.
Räder.
Hervorragendes Fabrikat.
Gegen bar
und bequeme Zahlungsbedingungen.
Fritz Ommer,
Fernruf 1167. Münster, Hammerstr. 38.

Gothaer Feuerversicherungsbank auf Gegenseitigkeit.
Im Jahre 1821 eröffnet.
Nach dem Rechnungsabschluß der Bank für das Jahr **1912** beträgt der zur Verteilung kommende Überschuß:
74 Prozent
der eingezahlten Prämien.
Die Mitglieder empfangen ihren Überschuß-Anteil beim nächsten Ablauf der Versicherung oder des Versicherungsjahres durch Anrechnung auf die neue Prämie, in den im § 11 der Satzung bezeichneten Ausnahmefällen aber bar durch die unterzeichneten Agenturen:

Münster,	Agent **H. A. Köhne.**
Burgsteinfurt,	„ **Heinrich Schultz.**
Rheine,	„ **Fritz Schultze.**
Warendorf,	„ **H. Sandfort.**

Erhielten heute einen



großen Transport
ostpreußischer
und russischer



Pferde.

:: Dieselben stehen zum Verkauf. ::
Münster i. W., Warendorferstraße 65.
— Telephon 575. —
Ant. Schaepman,
Franz Schnell.

Laden-Glasschrank

(fast neu), 4½ Meter lang, 3.20 hoch, **Theke,** 3 Meter lang, passend für jede Branche, **besonders Butzgeschäft,** zu 120 Mk. **zu verkaufen.** Die Sachen haben mehr wie 3fachen Wert.
Bracht, Salzstraße 5/6.

Für
„Waisen"

Knaben und Mädchen
bis zu 16 Jahren sucht Stellung auf dem Lande.
Rektor **Weischer,**
Waisen- und Armenpfleger,
in Wanne.

Husten und Erkältungen

werden bald gelindert durch unsern erprobten
Lungentee.
Allein echt
Reform-Drogerie
Fritz Marquard
Rothenburg 46. a2a

Haselnuß-Stöcke
in Größe von Bohnenstangen für Bandreifen zu kaufen ges.
E. Böcker, Büll 16.

Aus ein. Nachlaß sof. gut erhalt. Mahagon-Sachen, Wohn- und Schlafzimmer, Herrenröcke usw. wegen Todesfalls sofort zu verkaufen. Besichtigung 12 bis 3 Uhr Samstag.
Blumenstraße No. 22.

Verloren

wurde Dienstagabend im Löwenklub Uhr mit Weinzipfel. Abzugeben geg. Bel. in der Gesch.



Heute abend 9 Uhr:
Monats-Versammlung
mit Verlosung
beim Wirt **Tillmann,** Königstr.

Kath. Arbeiter-Verein.
— Versammlung —
am Sonntag, den 9. Februar.

Verein Ost:
abends 7½ Uhr: **Elternabend.**
Nur **erwachsene** Angehörige haben Zutritt.

Verein Süd:
gemeinschaftl. heil. Kommunion morgens 7 Uhr in der Josephskirche.
Abends **General-Versammlung:** Vorstandswahl u. Vortrag.

Verein Überwasser:
Versammlung für die **Frauen** und **Töchter; Vortrag:** „Was sollen unsere Töchter werden?" (Herr Domprediger Surmann)

Krankengeld-Zuschußkasse:
Sonntags von 11½—12½ Uhr bei **Thomas, Clemensstraße 31.**

Tonbild-Theater

Ludgeristrasse 28a.

Der Schlager der Woche:

Graf Woronzow mein Verlobter.

Hochspannendes kriminalistisches Schauspiel in 2 Akten.
Personen:
Fürstin Wera Dolowski
Graf Sascha
Gräfin Wanda
Graf Alexei Woronzow
Detektiv
Der Polizeimeister

Ein Strich durch die Rechnung.

Schwank von geradezu unglaublicher Komik.

Der Preis eines Silberfuches.
Ein gefährliches Jagdabenteuer in den Eisregionen.
Das Bild dürfte besonders durch seine eigenartigen Naturszenerien, sowie das seltsame Leben u. Treiben der Pelzjäger interessieren.

Kinematographisch. Wochenbericht

Laufjunge aus Liebe. Lustiger Schwank.
Das Meeresplankton. Naturstudie.

Ein verwundetes Herz.

Grosse Posse.

Einlagen.
Gewöhnliche Preise.

Städtisch. Gymnasium und Realgymnasium
in Münster i. Westf.

Konzert

des **Schülerchores** Sonntag, 9. Februar 1913, abends 6 Uhr in der Aula,
unter gütiger Mitwirkung von
Fräul. Dora Schürmann (Sopran), Frau Elisabeth Kropff (Alt), Fräul. Hedwig Hindenberg (Klavier), Herrn Hugo Siebel (Tenor), Herrn Universitäts-Musik-Direktor Dr. Wilhelm Niessen (Klavier), Herrn Rudolf Melzer (Violine) und Herrn Oberlehrer Theodor Petersen (Klavier).
Chorleitung: Herr Höner.
Im Programm: Chöre u. Soloquartette, Klavier- und Violin-Soli von Beethoven, Brahms, Flotow, Retzel, Kellner und Lorenz.
Karten **à 50 Pfg.** beim Schuldiener u. an der Kasse.

LITERARISCHE
GESELLSCHAFT
MÜNSTER

MONTAG, 10. FEBRUAR
..... ABENDS 8¼ UHR
GELBE KARTEN :: ::

DIENSTAG, 11. FEBRUAR
..... ABENDS 8¼ UHR
GRÜNE KARTEN :: ::

IN DER AULA D. STÄDT-ISCHEN GYMNASIUMS

WILH. V. SCHOLZ

EIGENE DICHTUNGEN.

Nachruf!

Am Mittwoch ist der Königl. Eisenbahn-Werkführer

Herr August Mehlhase

an den Folgen eines im Dienst erlittenen Unfalls gestorben. — Der Verstorbene hat sich durch seine liebenswürdige und lautere Gesinnung die Hochschätzung seiner Vorgesetzten und Liebe seiner Mitarbeiter erworben.
Wir werden ihm stets ein treues Andenken bewahren.

Die Beamten und Bediensteten der Königl. Eisenb.-Telegraphen-Werkstätten Münster i. W.

Die **Ergebenen** für der verstorbenen Hausdiener

Heinrich Markmann

in der Franziskanerkirche (Hörsterplatz) beginnen **Montag,** den 10. Februar, nicht um 9 Uhr, sondern um **7 Uhr morgens.**

Jeden Sonnabend frische
Wurstbrötchen
Josef Limberg,
Mauritzstraße 31.
Telephon 1231.

Verschönerungs-Verein.
Jahresversammlung
am Donnerstag, den 13. d. M., nachm. 6½ Uhr, Gasthaus **Stieuer.**
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht, Rechnungslegung bezw. Entlastung.
2. Besprechung über die Ausgestaltung des St. Lambertus-Brunnen und Voranschlag für 1913.
3. Wahl von Vorstandsmitgliedern u. Rechnungsprüfern.
4. Mitteilungen und Anträge.

Münster, 7. Februar 1913.
Der Vorstand.

Militäranwärterverein.
Kamerad
Kanzlist Klages
ist gestorben.
Beerdigung: Samstag nachm. 3½ Uhr von Lererstraße 5 aus.
Der Vorstand.

Kath. Gesellen-Verein
Münster i. W.
Sonntag, den 9. Febr., 9 Uhr.
Fr. Reuterabend
Rezitator. Herr Maurice.
Mitglieder u. Ehrenmitglieder sowie Vereinsfreunde ladet ein
Der Vorstand.

Versammlungskalender
der
christl. Gewerkschaften.

Bauarbeiter aller Berufe,
Sonntag mittag 12 Uhr **Generalversammlung**
bei Thomas, Clemensstraße.

Maler und Anstreicher,
Sonntag mittag 12 Uhr außerord. **Mitgliederversamml.** bei Bigalke, Agidiistr.
Stellungnahme zu den Tarifverhandlungen.

Keram- u. Steinarbeiter,
Sonntag mittag 11 Uhr **Versammlung**
bei Mittrup, Engelstraße.

Schuh- und Lederarbeiter,
Dienstag abend 9 Uhr **Versammlung**
bei Stegemann, Clemensstraße.

Unterrichtskurse
im Ludgerus-Hospiz
Mittwoch abend 8¼ Uhr **Elementarkursus.**
Freitag abend 8¾ Uhr **Sozialer Kursus.**
Vortrag über: Die Steuerfrage.

Dortmunder Kind'l.

Thüsinge
Heitere Unterhaltungsabende.

Das vorzügliche Februar-Programm.

Stadttheater.

Samstag, d. 8. Febr., 8 Uhr:
— Der Freischütz. —
Romantische Oper v. Weber.
— Erhöhte Preise. —
Sonntag, den 9. Febr., 3¼ Uhr:
— Gewöhnliche Preise. —
— Lohengrin. — als
Romantische Oper von Wagner.
Abends 7½ Uhr:
Lumpazivagabundus.
Zauberposse von Neitron.
— Gewöhnliche Preise. —

Kath. Arbeiter-Verein
(Münster-Süd).
Die **Frau** unseres Mitgliedes
Franz Hegemann
ist gestorben. Die Beerdigung findet statt am Sonntag, den 9. Februar, 3½ Uhr nachm. vom Sterbehause Mecklenbeckerstraße Nr. 67 aus.
Der Vorstand.

---

†
Das
Jahres-Seelenamt
für den verstorbenen
Josef Laumann
findet statt am Montag morgen ½9 Uhr in der Kirche zum hl. Kreuz, wozu frdl. eingeladen wird.

Wenn der von einem erkannten Herrn am Dienstag im **Ludgerihof**
entwendete Mantel
bis **Samstag abend dorthin** nicht zurückgebracht ist,
erfolgt Anzeige.

---

†
Das
Sechswochen-Seelenamt
für
Wwe. C. Sommer
geb. **Ferber**
findet am Montag, den 10. Februar, morgens 8½ Uhr, in der St. Josephs-Pfarrkirche statt.